

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

69 (22.3.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-554190](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-554190)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich 75 Wfg., bei Geldabholung 65 Wfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,60 M., monatlich 75 Wfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfgepoltrne Korpuszeile oder deren Raum für die Inserenten in Kollations-
Wahlmengen u. Angelegenheiten, sowie der Kollations 15 Wfg., für sonstige auswärtige Inserenten
20 Wfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wollen Inseraten aus kleineren als der
Grundchrift gesetzt werden, so werden sie auch nach letzterer berechnet. Kollationszeile 50 Wfg.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprecher-Nr. 58, Amt Wilhelmshafen.
Filiale in Cuxhaven: Almenstraße 21. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Bant, Mittwoch den 22. März 1911.

Nr. 69.

Der Fall Fröblich.

Der Berliner erste Staatsanwalt Steinbrecht mag heute neidvoll auf seinen Kölner Kollegen Spelbahn blicken, dem im Deutzer Landfriedensbruchprozess gelungen ist, was ihm selber in der Moabit Affäre so traumatisch missglückte. Während nämlich Herr Steinbrecht genötigt war, die andeutungsweise Behauptungen der beschuldigten Nachtragsanfrage, als ob die Arbeiterorganisationen in irgend einem Zusammenhang mit dem Moabit Vorfall stünden, feierlich und ungewissend zu widerrufen, hat Herr Spelbahn in Köln vor dem Schwurgericht die Verurteilung eines Angeklagten des Bauarbeitersverbandes, des Genossen Fröblich, zu der furchtbaren Strafe von zwei Jahren und sieben Monaten erzielt. Fröblich soll sich der Anstiftung zum Landfriedensbruch dadurch schuldig gemacht haben, daß er — nach der Behauptung der Anklage — in einer Versammlung der streikenden Arbeiter des Tiefbauunternehmens Tausend gesagt haben soll: „Wir werden die Baustelle schon säubern; wer dahin geht, tut es auf eigene Gefahr.“ Am 3. Oktober kam es zu den bekannten Krawallen in Deutz, bei denen zahlreiche Arbeiter aber auch einige Schutzeleute verwundet wurden, von denen einer infolge eines unglücklichen Zufalles, Infektion der an sich nicht tödlichen Wunde, starb.

Als dieser traurige Krawall passiert war, dachte wohl zunächst niemand daran, die Bauarbeiterorganisation oder einzelne ihrer Angehörigen für die Geschehnisse verantwortlich zu machen. Aber die Regierung, die nach einer Wahlparole suchte, und sie in den Vorgängen von Moabit gefunden zu haben glaubte, legte großes Gewicht darauf, den geheimen Zusammenhang zwischen den Krawallen und der Sozialdemokratie „herauszufinden“, den sich die Sozialdemokratie längt in ihrer wahrheitsliebenden Weise zurückgelegt hatte. Für manche Leute mag es daher ein gefundenes Fressen gewesen sein, als die Schöffe bei ihren Recherchen auf die angebliche Bemerkung Fröblich, die Fröblich in jener Versammlung gemacht haben sollte, die aber tatsächlich offenbar anders gelaute hat. Fröblich versichert, und Zeugen bestätigen es, daß er damals zu den versammelten Arbeitern gesagt habe: „Wenn ihr den Streik beschließt, dann tut ihr es auf eigene Rechnung und Gefahr. Ihr müßt aber auch dafür sorgen, daß die Baustelle sauber bleibt.“ Die Darstellung Fröblich's hat schon deshalb alle innere Wahrscheinlichkeit für sich, weil seine Bemerkung in der von ihm gegebenen Fassung weiter nichts als eine allgemeine gegenständliche Redebeziehung ist, die noch nie von einem streikenden Arbeiter als Aufforderung zu Gewalttätigkeiten aufgefaßt worden ist. Eine Verstoß- oder Baustelle „sauber zu halten“, d. h. den Zugang Arbeitswilliger mit geeigneten Mitteln tadellos zurückzuhalten, ist die selbstverständliche Aufgabe der Arbeiter bei jedem Streik.

Dazu kommt, daß eine lange Reihe von Zeugen auftrat, die unter ihrem Eide versicherten, daß Fröblich vor allen Unbeteiligte dringlich gewarnt zu friedlichem Verhalten gegenüber der Polizei und insbesondere zur völligen Enthaltung vom Alkohol aufgefordert habe. Viele letzte Aufforderung ist leider von dem Hauptangeklagten Dipper, der den verhängnisvollen Streich gegen den Schutzmännchen Gasse führte, nicht beachtet worden. Dipper, der seine Tat mit fünf Jahren Gefängnis büßen muß, hatte nach seiner eigenen Aussage mehr als einen Liter Schnaps getrunken. Ueberhaupt war die Stellung Fröblich's gegenüber den Streikenden schwierig, da kaum die Hälfte organisiert und nur sieben von ihnen unterstützungsberechtigt waren. Darum hatte auch der Bauhilfsarbeiterverband, obwohl durch einen effizienten Tarifschutz des Unternehmens wohlgegründete Streikfurchen bestand, alles getan, um den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Es mag einstweilen dahingestellt bleiben, ob nicht durch zweifelhafte Verhältnisse der Polizei der schlimmste Zwischenfall hätte vermieden oder doch besser eingedämmt werden können — soweit für die Arbeiter eine Hilfe aus ihm zu ziehen ist, so lautet sie: Strammes Organisation, Schnapsabgott, Wahrung des Alkohols während des Streiks. Das ist alles, was Fröblich gewollt hat. Der Staatsanwalt macht ihn aber dafür verantwortlich, daß das Gegenteil von dem, was er wollte, eingetreten ist! Und die bürgerlichen Geschworenen haben ihn schuldig gesprochen der Anstiftung zu Taten, vor denen er mit der größten Eindringlichkeit und Gewissenhaftigkeit gewarnt hat!!

In Kreisen der Arbeiterbewegung kennt man den Genossen Fröblich als einen ruhigen, besonnenen Mann, der sich seiner Verantwortung bewußt ist und mit einer gewissen angestrichenen Besorgtheit seinen Pflichten als Gewerkschaftsführer nachzukommen bestrebt ist. Wie, die ihn kennen, sind bereit, die Hand dafür ins Feuer zu legen, daß er vollständig unschuldig ist, und keinem ist es verständlich, daß gerade dieser Mann einem solchen Schicksal verfallen konnte.

Fröblich ist das Opfer eines richterlichen Fehlurteils,

und dieser Fehlurteil ist nur möglich geworden durch unsere Gerichtsorganisation, die ausschließlich bürgerliche, meist dem Unternehmertum angehängende oder ihm nahe stehende Personen zu Geschworenengerichten über Arbeiter und Arbeiterbeamte macht. Sicher waren die Männer, die Fröblich schuldig sprachen, von seiner Schuld überzeugt, genau so wie die bürgerlichen Geschworenen von der Schuld der Schroeder und Genossen überzeugt waren, die sie wegen Meinungs im Justizhaus schickten. In bürgerlichen Kreisen beliebt nun einmal, dank der scharfmarkigen Heftigkeit, vielfach noch immer eine Vorstellung von der Arbeiterbewegung, die sich zur Wirklichkeit ungeheuer so verhält, wie das normale bürgerliche Leben zu dem Willen eines Mid-Carter-Romans. Die Kölner Geschworenen und der Kölner Staatsanwalt sind Opfer dieser antisozialdemokratischen Schundliteratur, andernfalls hätte auch der Staatsanwalt gar nicht auf den originalen Einfall kommen können, milde Umstände für Fröblich zu verlangen, weil er „seiner Idealfreiheit“ zum Opfer gefallen sei. Rein, dem Idealfreiheit der Arbeiterbewegung entspricht die Handlungsweise Fröblich's, sowie sie sich im Kopfe des Staatsanwalts darstellt, keineswegs. Hätte Fröblich getan, wessen ihn der Staatsanwalt bezichtigt und das Schwurgericht schuldig gesprochen hat, dann würden ihn die Arbeiterfreie eben aus „dem Idealfreiheit heraus“, der sie mit dem Genossen Fröblich verbindet, auf das Entschiedenste verurteilt haben.

Aber Fröblich ist nicht ein Opfer seiner Idealfreiheit geworden, sondern er ist ein Opfer der leider viel engeren Idealfreiheit, in denen sich seine Ankläger und seine Richter zu bewegen gewohnt sind. Sie haben zwei Belastungszeugen, von denen einer ein vielfach vorbestrafter sogenannter Arbeitswilliger, der andere ein Gegner des Angeklagten ist, völlig glaubend gefaselt, und die Aussagen zahlreicher ehrenwerter und unbedenklicher Entlastungszeugen in den Wind geschlagen. Sie haben ein Wort, das selbst dann, wenn es so gesprochen worden wäre, wie die Anklage behauptet, den Angeklagten noch lange nicht eines so schweren Verbrechens schuldig gemacht hätte, in einer Weise interpretiert und den Sinn des Gesagten dazwischen gegeben, daß eine Verurteilung zustande kam, die weder den Tatsachen noch der juristischen Logik entspricht.

In Köln ist also wieder einmal ein Unschuldiger verurteilt worden. Und wenn es der Berliner Staatsanwalt Steinbrecht recht beliebt, so wird er seinen Kölner Kollegen lieber doch nicht beneiden. Denn staatsanwaltliche Trümpfe gleich dem von Köln können leicht in ihr Gegenteil umschlagen, wie sich in Eilen augenblicklich gezeigt hat.

Ja, ein Unschuldiger ist verurteilt! Wann aber wird man endlich die Schuldigen finden, die in Moabit wie Kalande gehandelt, die den Tod des Arbeiters Herrmann auf dem Gewissen haben!?

Politische Rundschau.

Bant, 21. März.

Die liberale Einigung.

Am Sonntag tagten im Reichstagsgebäude der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei und der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei. Beide Parteivorstände tagten natürlich in verschiedenen Räumen. Der Zweck der Besprechung war aber ungefähr der gleiche: es handelt sich im wesentlichen um das gemeinsame Vorgehen der Nationalliberalen und Fortschrittlichen bei den kommenden Reichstagswahlen.

Die Nationalliberalen sagten nach einem Referat Ballermanns eine Resolution, in der die Erwartung ausgesprochen wird, „daß die Wahlkreisorganisationen vor der endgültigen Aufstellung von Kandidaten und vor dem Eingehen tatsächlicher Wahlabkommen sich mit dem geschäftsführenden Ausschuss des Zentralvorstandes ins Einvernehmen setzen. Wird auf Wunsch oder im Einverständnis von Landesorganisationen eine Verständigung mit anderen Gesamtparteien vom geschäftsführenden Ausschuss herbeigeführt, so sind die hierauf getroffenen Abmachungen von den betr. Wahlkreisen oder Landesorganisationen als verbindlich anzuerkennen.“ Die Resolution soll wesentlich mit Kompromissen verhindern, wie sie die Nationalliberalen in Hagen und in Alpey-Bingen abgeschlossen. — Die Stimmung war im allgemeinen einem Zusammengehen mit dem Fortschritt nicht abgeneigt, doch möchte man sich besonders im Rheinland die Hände nicht binden, um evtl. durch ein Bündnis mit dem Zentrum der Sozialdemokratie einige Mandate abgeben zu können. Es sollen hierfür 6 Mandate ausserhalb sein.

Bei den Fortschrittlichen referierte Raumann über die Stellung zu den Reichstagswahlen. Er trat lebhaft für eine parteitaktische Verständigung mit der Nationalliberalen ein und forderte als Voraussetzung hierzu größere Zentralisation in der Kandidatenaufstellung bei den Fortschrittlichen.

Abmachungen einzelner Wahlkreise mit anderen Parteien sollen nicht ohne Zustimmung der Parteileitung erfolgen. Die Fortschrittliche Parteileitung wird schließlich beauftragt, die Verhandlungen mit der Nationalliberalen Partei weiter zu führen. Fröblich teilt mit, daß bis jetzt 132 Fortschrittlich-kandidaturen aufgestellt sind.

Polizeilich unmögliche Staatsarbeiter.

Die Berliner Polizei hat wieder einen klugen Streich vollbracht. Wie wir berichteten, sind die Träger eines von Staatswerkstättenarbeitern gestifteten Krankses beim Betreten des Friedrichshofes der Märzgefallenen verhaftet worden. Polizeilich wird nun folgende „Aufklärung“ der Sache veröffentlicht: „Als die Deputation der Staatswerkstättenarbeiter von Spandau einen Kranz mit einer roten Schleife und der Aufschrift: „Gruß dem Arbeiter der Staatswerkstätten in Spandau, trotz alledem“ niederlegen wollte, wurde die Anstalt konfiskiert und die Namen der Träger wurden festgelegt. Die Polizei wird ein Ermittlungsverfahren einleiten, damit gegen die Verantwortlichen dieser Demonstration gerichtlich vorgegangen werden kann. Nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung in den Staatswerkstätten werden dort keine Sozialdemokraten geduldet. Man nimmt deshalb an, daß die Kranzträger nicht im Auftrage der Staatswerkstättenarbeiter erschienen sind, sondern dies nur angegeben haben, um im Interesse der Partei auf diese besondere Art zu demonstrieren.“

Der Vorgang ist — sofern die polizeiliche Darstellung stimmt — ein Skandal wie er wirklich nur unter dem Jagow-Regiment möglich ist: weil die Arbeitsordnung keine Sozialdemokraten duldet, gibt es auch keine, und weil man nun durch keine anderen Unterlagen als die Arbeitsordnung gestützten Verdacht einer Agitation hegt, werden Arbeiter verhaftet und soll ihnen der Prozeß gemacht werden. Die Kranzträger in den Staatswerkstätten müßten natürlich bei einem Prozeß bekannt werden und könnten gemahnt werden. Ist's nur darauf abgesehen?

Alaska in der Budgetkommission des Reichstags.

Am Montag wurde die Beratung des Kolonialrats fortgesetzt. Beim Etat für Ostafrika fragte Abg. Arning, wieviel landstrende Askaris (farbige Soldaten) in Ostafrika sind und ob sie auch an die Maschinengewehre ausgeteilt werden. Es wäre zu beklagen, daß die Askaris eines Tages die Maschinengewehre gegen die Weißen richten könnten. Staatssekretär v. Bismarck gab an, daß 400 landstrende Askaris vorhanden sind. Die Maschinengewehre werden nur von Weißen bedient. Es sei die Frage aufgeworfen worden, 42 weiße Gewehre anzustellen, statt Unteroffiziere. Da jedoch der Gouverneur erklärt, auch die Gefreiten können nicht geringer als Unteroffiziere einsetzt werden, würden die 42 Gefreiten eine Ausgabe von 200.000 Mark verursachen. Die Summe mühe aber Bedenken erregen. — Die Militärverwaltung in Ostafrika erfordert eine Ausgabe von 2040.890 M. ohne Pensionen. Das farbige militärische Personal besteht aus zwei Offizieren, 22 Feldwebeln, 167 Sergeanten und Unteroffizieren sowie 2341 Gemeinen. Die farbigen Gemeinen erhalten eine Ration von 320—564 M. Die Militärverwaltung erfordert eine Ausgabe von 214.428 M. für Bauen der Zivilverwaltung wurden gegen das Vorjahr 253.000 M. mehr gefordert. Zur Förderung der Baumwollkultur sind 110.000 M. in den Etat eingelegt, dazu kommt noch eine Summe, die aus den Kolonialgütern zur Förderung tropischer Pflanzkulturen ausgeworfen werden soll. Abg. Wendt betont, von den Erfolgen mit den Baumwollkulturen hängt die Entwicklung Ostafrikas ab. Abg. Erdberger fordert, daß die zur Verfügung stehenden Summen für Baumwollkulturen in erster Linie dazu benutzt werden müssen, um die Baumwollpflanztagendbesser genau über die meteorologischen Verhältnisse aufzuklären. Beginn und Ende der Regenzeiten müssen festgestellt und bekannt gemacht werden, sonst werden die Kulturen teils in der Wüste, teils als halbreife Frucht vernichtet. Abg. Ledebour betont, daß die Sozialdemokraten jeden Versuch unterstützen werden, die Baumwollkulturen in den Kolonien zu fördern. Zu beachten seien aber die sehr erheblichen Schwankungen in der Beurteilung der Möglichkeit, in Ostafrika den Anbau der Baumwolle auszubringen. Durch einen Zwischenfall will Abg. Arning darauf hin, daß es in einem Menschenalter die Eingeborenen fähig sein werden, die Baumwollkulturen ertragsfähig zu betreiben. Abg. Ledebour fragt aber die wirtschaftlichen Aussichten im Altimandharogebiet an. Der Staatssekretär glaubt, daß das Gebiet sich besonders für mittlere Wirtschaftsbetriebe eignen werde. Wenn auch in der Gegen-

war ein besonderer Nutzen dabei nicht zu erkennen ist, so möchte man aber auch daran denken, für die Enkel zu sorgen. Abg. Wendt prophezeit dem genannten Gebiet eine gute wirtschaftliche Zukunft. Abg. Krimm kritisiert die unter Dornburg erfolgte Ansiedlung von zwölf deutsch-russischen Familien am Alimandischaro —, die unter dem „demokratischen Einfluß des Elacentsums“ gestanden hätten. Gegen diese alldeutsche Herabsetzung fremder Völker wendete sich Abg. Redebour mit dem Hinweis, daß, wenn die Leute demokratisch seien, nicht das klassische Volk, sondern die elenden russischen Zustände verantwortlich gemacht werden müßten. Für die Fortführung der Bahn von Marogoro (Ausgangspunkt die Hauptstadt Daresalam) nach Zabora wird die vierte Rate im Betrage von 14 Millionen Mk. gefordert. In dieser Summe sind auch Ausgaben zu berücksichtigen, um die Bahn von Zabora nach dem Tongangitsee weiter zu führen. Staatssekretär v. Rindesquell meinte, eigentlich hätte sich der Reichstag für den Bau bis an den Mangaritzflaß erklärt. Demgegenüber erklärte Abg. Redebour, daß es unzureichend ist, daß der Reichstag sich irgendwie beteiligt habe. Aus der Bewilligungsbefugnis der Reichstagskommissionen könne nicht das Gegenteil befohlen werden. Es sei überhaupt eigenständig beim Bau dieser Bahn verfahren worden. Zuerst sollte nur eine Stichbahn bis Marogoro angeblich gebaut werden, dann kam die Fortführung bis Zabora, wobei erklärt wurde, kein Mensch denke daran, weiter zu bauen und jetzt werden schon die Vorarbeiten unternommen, um bis an den Mangaritzflaß zu gelangen. Abg. Goller betont die sehr hohen Baukosten, die den Unternehmern schöne Gewinne abwerfen. Abg. Ergruber erklärt, daß an nicht weniger als acht Stellen der Trasse Bahnmangel zu verzeichnen ist, hinsichtlich der Trasse deshalb verlegt werden mußte. Der Staatssekretär erklärt, die Wasserbohrungen seien noch nicht abgeschlossen, es unterliege aber keinem Zweifel, daß genügend Wasser gefunden werde. Von den Freiliegungen spricht Abg. Goller für die Fortführung der Bahn bis an den Zongo; Abg. Rapp spricht jedoch dagegen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten werden die geforderten Summen bewilligt. Für den Bau von Erleichterungswegen werden 365 000 Mk. bewilligt; im Vorjahre 600 000 Mk. Es wird dabei angeregt, solche Ausgaben in Zukunft auf den ordentlichen Etat zu übernehmen. Selbst die Beschränkungen wurden über die Ostafrika-Linie erhoben, die bei Frachten einen willkürlichen sogenannten Rederzuschlag erhebt, der oft höher ist als die Frachtkosten selbst. Die Ostafrika-Linie berechnen, jenseits des Äthiopien, die Frachten bald nach Zennengereicht, bald nach Raummetern. Diese Linie wird mit einer hohen Summe vom Reich subventioniert. Eine Resolution, die fordert, daß der Reichstagler darauf hinwirken, daß alle subventionierten Dampferlinien einheitliche Frachttarife aufstellen, wurde gegen eine Stimme angenommen. Der Reichszuschuß für die Militärverwaltung in Ostafrika beträgt 3 542 790 Mk. Es wird angeregt, diesen Zuschuß in Zukunft nicht mehr dem Reich, sondern vielmehr der Kolonie aufzulegen. — Es folgte dann die Beratung des Etats für Kamerun.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Montag zunächst den Etat der Vortragsverwaltung, hierauf den Etat der General-Ordenskommission. Die Beratung des letztgenannten Etats veranlaßte unseren Genossen Viehnecht, in pointenreicher Rede sich über die Ordensauszeichnungen und den Ordenshunger gewisser Kreise der Bevölkerung lustig zu machen. Ohne Debatte genehmigte das Haus hierauf den Etat der Anstellungs-Kommission. Es wurde beschlossen, von der Förderung prinzipieller Fragen mit Rücksicht auf die Fertigstellung des Etats Abstand zu nehmen. Unsere Genossen erhoben gegen dieses eigenartige Vorgehen vergebens Widerspruch. Ein ähnliches Verhalten legte die Mehrheit bei der Beratung des Etats der Bergverwaltung an den Tag. Aus diesem Etat schied auf Vorschlag der Budgetkommission alle Diskussionen über Arbeiterfragen aus. Namens unserer Fraktion protestierte Genosse Hirsch hiergegen. Von anderen Rednern wurde zugegeben, daß ein solches Verfahren an sich nicht richtig sei, es wurde aber mit der Notwendigkeit der Fertigstellung des Etats begründet. Gleichzeitig wurde die frühere Einberufung des Landtages gefordert. Die Rechte warf unserer Fraktion vor, daß sie durch ihre Reden die Staatsberatung verzögere, habe, ein Vorwurf, den Genosse Hirsch zurückwies. Die Beratung des Etats der Bergverwaltung selbst wurde, nachdem einige Redner zur Sache gesprochen hatten, auf eine Abend Sitzung verlegt.

Die preussischen Dreiklassenmänner gegen Viehnecht.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat Montag Vormittag beschlossen, dem Hause zu empfehlen, den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen den Genossen Viehnecht abzulehnen und dem Verfahren seinen Fortgang zu lassen. Der Beschluß ist mit allen gegen die 3 Stimmen der Freiliegungen und Polen gefaßt worden. Unsere Genossen haben keinen Vertreter in dieser Kommission. Bemerkenswert ist, daß sich sämtliche Mitglieder der Kommission und der Vertreter des Justizministeriums einmütig auf den Standpunkt stellten, daß ein ehrengerichtliches Verfahren gegen einen Anwalt auf eine Stufe mit einem Strafverfahren zu stellen sei, daß also die Einstellung des Verfahrens auf Grund des Artikels 84 der Verfassung möglich sei; jedoch war die Mehrheit der Ansicht, daß man von nun an in jedem einzelnen Falle sorgfältig prüfen müsse, ob ein Verfahren einzustellen sei oder nicht. Diese Haltung bedeutet einen Bruch mit der jahrzehntelangen Praxis des Hauses.

Deutsches Reich

Antisemitische Radaubrüder. In Gießen kam es am Sonntagabend in einer von den Antisemiten einberufenen Versammlung zu einem ungeheuren Skandal. Redner waren

ein Positivist und der rassen-antisemitische Reichstagsabgeordnete Raab. Der sehr stark vertretenen Segnert wurde erklärt, daß eine Diskussion nicht zugelassen werde. Den Freiliegungen und dem Zentrum wurde vorgeworfen, daß sie Elend-Verbreitungen in den Provinzen ausbreiten wollten. Diese Behauptung entstellte hässliche Szenen, die Antisemiten erbateten telephonisch polizeilichen Schutz, der ihnen jedoch verweigert wurde. Die Polizei hielt sich lediglich außerhalb des Lokals auf. Schließlich mußten die antisemitischen Radaubrüder abgehen, ohne daß es ihnen gelungen war, die Versammlung in der beschriebenen Weise zu Ende zu führen. Die Erregung in der Gießener Einwohnerschaft war eine ungeheure.

Russische Eichenmordtätigkeit. Wieder ist einer der bekannten Grenzverhältnisse zu verzeichnen, nur mit dem Unterschiede, daß es sich diesmal um eine ganz besondere brutale Tat handelte und daß dieser Fall nicht an der Ostgrenze, sondern im höchsten Norden spielte. Drei Fischer aus dem deutschen Grenzort Rimmerstall wurden von der bewegten See nach der Landungsbrücke des benachbarten Ortes Polangen getrieben. Der dort stehende russische Grenzposten feuerte sofort auf die Fischer und durchschloß dem einen beide Oberkörper. Der Schwerverwundete mußte dann stundenlang, den Unbilden der Witterung preisgegeben, im Freien liegen, bis er am späten Abend dem preussischen Grenz-Wachposten übergeben wurde. — Natürlich wird nun eine derbersten Untersuchung eingeleitet, bei denen in der Regel wenig oder nichts herauskommt.

Der Eid eines Schuhmannes. Auf den Eid eines Schuhmannes ist vor einem Jahre ein Schuhmachermeister in Leipzig wegen Gefangenenerleichterung und ruhmstührender Äußerungen zu sechs Tagen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der Verurteilte erreichte beim Reichsgericht die Aufhebung des Urteils und das Landgericht Leipzig sprach den Mann nunmehr frei; der Schuhmann hat sich inzwischen der Forderung schuldig gemacht und ist nach Amerika verdriftet; sein Zeugnis wurde als unglaubhaft angesehen.

Der hohe Adel beim Güterhändler. Vor einigen Wochen verkaufte Fürst Radolin sein in Oberschlesien, Kreis Lublitz gelegenes Rittergut Wonschau mit Sarowitsch nach Aufhebung der Fideikommiss-Eigenschaft des Rittergutes an Frau Gräfin Elsa Schlieffen, geborene v. Sprenger-Wallisch in Groß-Voghtersdorf bei Berlin. Radolin hatte das 3426 Hektar umfassende Gut vor 25 Jahren für 1/4 Million gekauft, die Gräfin Schlieffen bezahlte 2 1/2 Millionen. Jetzt hat sie das Gut durch Vermittlung des Agenten Hartmann in Polen an den polnischen Grafen v. Mielinski in Pawlowitz, Kreis Wlka, weiterverkauft. Hartmann ist als Agent Liebermanns bekannt. Man erzählt in eingeweihten Kreisen, daß die Gräfin Schlieffen an dieser Verkaufsbemittlung 300 000 Mk., Herr Hartmann 80 000 Mk. verdient haben.

Aus den deutschen Kolonien.

Heber die Tragödie zu Kamerun enthält das „Berl. Tagebl.“ folgenden Bericht eines Augenzeugen aus Bua: Es mochte 10 1/2 Uhr vormittags sein, als man aus dem Dienstgebäude des kaiserlichen Gouvernements schnell hintereinander folgende Schüsse einer Browningpistole und Rufe hörte. Die Beamten suchten zum Teil durch die Fenster und vom Balkon das Freie zu erreichen und riefen nach Leitern und Wäffeln. Die Eingeborenen, die zum Gerichts-Tag gekommen waren, suchten in größter Verwirrung und Eile den Ort hinter sich zu bringen, ohne daß zunächst einer hätte sagen können, was sich ereignet hatte. Nachdem sich die Aufregung gelegt hatte, erhielt man den ganzen Umfang der trübseligen Vorgänge. Der kommissarische Gouvernementssekretär Kerner war in den Räumen des Reichsleiters Biernachs Eingeborenengetriebe abgeholt. Er ging auf diesen zu und ließ ihm den Beamten zwei Schüsse aus seiner verborgenen gehaltenen Waffe in den Kopf. Biernach brach ohne weiteres tot zusammen. Mit der Waffe in der Hand lief Kerner zu dem ca. hundert Schritte entfernten Dienstgebäude, öffnete die Tür zum ersten Zimmer, in dem er gearbeitet hatte, und ließ seinem Kollegen, dem Sekretär Gmb, eine Kugel in die Brust. Dieser stürzte davon und brach vor dem Gebäude tot zusammen. Der Sekretär Schnabel griff ein und schlug dem Kerner mit der Faust auf den Arm, wobei er selbst durch einen Schuß in den Arm getroffen wurde. Der Täter sprang zurück und traf Schnabel noch am Arm. Die Kugel zerhackte den Unterleib und blieb wahrscheinlich darin liegen. Der Getroffene stürzte durch das Fenster hinaus. Jetzt eilte Kerner in das nächste Zimmer, in welchem der Sekretär Nagel arbeitete. Nach einigen Worten ließ er auf ihn, der sich unwillkürlich zur Seite bog und dadurch mit einem Streichhaken an der rechten Kopfseite davonkam. Der Getroffene drängte den Täter, der wohl seine Patrone mehr im Lauf hatte, hinaus, und rettete sich durch das Fenster. Hinterher waren durch die Schüsse und Rufe die Beamten im oberen Stockwerk des Gebäudes gewarnt. Kerner eilte hinaus, feuerte zweimal auf eine Gruppe von Sekretären, die in der offenen Tür der Ratskammer standen, und verurteilte, in das Zimmer des Regierungskassiers Adas einzudringen. Dieser drängte ihn aber schnell entschlossen hinaus und kam so mit dem Schreden davon. Kerner verjagte dann, in die Zimmer des Geheimrats Hansen und einiger anderer Herren eindringend, fand aber überall verschlossene Türen. Er verließ nun das Gebäude und feuerte noch von drinnen auf einige Herren und schloß dabei den Hofvorhof. Wiederrück nur um wenige Handbreit. Er ging dann in den wenige Schritte entfernten Ratskammer der Sekretäre und erschloß sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe. Nur glücklichen Umständen ist es zuzuschreiben, daß der Täter nicht noch mehr Opfer den Toten zugeführt. Denn es geht ein Gerücht um, daß er eine Wunde von fünfzehn Beamtinnen angefertigt haben soll, welche den Abend nicht erleben sollten. Tatsache ist jedenfalls, daß er nicht wahllos geschossen hat. Es sind ihm einige Europäer begegnet, auf die er nicht zielte. Er hat die Personen gefaßt, und das läßt auf die Gründe der

grauenhaften Tat schließen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Täter an Verfolgungswahn gelitten hat. Er glaubte sich stets beobachtet, gehänselt, zurückgesetzt. Richtig davon entsetzt den Taten. Es bestimmte sich niemand um den Sonderling, der fast immer allein die Umgebungen durchstreifte und jeder geselligen Gesellschaft abhold war. Es wird jetzt ferner bekannt, daß er sich vom ersten Tage seines Eintreffens im Schutzgebiet an über jedes Gespräch Äußerungen gemacht hat. Dann erzählt man auch, daß er in der letzten Zeit die Häuser der Europäer umschlichen hat, um zu hören. So ist wohl in dem zersetzten Gehirn der unglückliche Gedanke entstanden, sich an seinen Verfolgern und Feinden zu rächen. Jeder, der irgend etwas mit ihm zu tun gehabt hatte, seien es dienstliche Vorkommnisse oder persönliche Redereien, wie sie unter Kollegen üblich, kam auf die „Liste“.

Dänemark.

Die Befestigung der Prägelstraße. Da sich gezeigt hat, daß die Befestigung des provisorischen dänischen Strafgesetzes im Laufe der Jahre ganz außerordentlich wenig angewendet worden ist, hat der jetzige Justizminister in der gegenwärtigen Reichstagsession einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die früheren Bestimmungen des Gesetzes erneuert werden, während die Befestigung, die auf Betreiben des damaligen Ministers an jähigen Justizbüros Alberti beschloßen worden war, nicht übernommen wird. Der Gesetzentwurf ist im Folketing verhandelt, wo er vermutlich auch angenommen werden wird. Es ist somit Aussicht vorhanden, daß die dänische Befestigung von der Bestimmung über die Prägelstraße befreit wird.

Ernennung eines Gouverneurs für Grönland. In der nächsten Zukunft werden mehrere königliche Verordnungen erlassen werden, die eine durchgreifende Umgestaltung der Verwaltung der grönländischen Kolonien zum Inhalt haben. Die wichtigste besteht in der Ernennung des Amtes eines Generaldirektors für die grönländischen Kolonien, der Vorgesetzte sowohl des Handelsbureau als des Kolonialbureau sein soll, und dessen Befugnisse in Wirklichkeit denjenigen eines Gouverneurs für Grönland gleichkommen werden, wenn dieser Titel wahrscheinlich auch nicht gerade, wenigstens nicht fürs erste, eingeführt werden wird. Zum Generaldirektor der grönländischen Kolonien ist der frühere Minister des Innern, Herr Einar Berg, ausgerufen worden.

Kleine politische Nachrichten. Der 8. Verbandstag der Sozialen Deutschlands findet in Lübeck vom 18. bis 20. April statt. — Aus Hull wird berichtet, die Seelen und Delger von Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien und der atlantischen Küste Amerikas hätten sich bereits über den Tag geeinigt, an welchem gleichzeitig die Arbeit niedergelegt werden soll. — Der Vertrag über den Bau der Bagdadbahn in Mesopotamien ist perfekt. — Die „Times“ melden aus Peking: China überreichte die Antwort auf die russische Note vom 14. März. Sie ist in den freundschaftlichen und verhältnismäßig freundlichen gehalten und gewährt Rußland das Recht, einen Konsul in Khabarovsk zu ernennen.

Lebales.

Samt, 21. März.

Richtung, Wähler Müßiggangs?

Seht die Wählerlisten nach, die auf den Gemeindebureaus ausliegen. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen! Die Listen liegen nur noch bis zum 24. d. M. (Freitag) auf. Nach der Gemeindeordnung sind alle diejenigen wahlberechtigt, die drei Jahre lang in Rüstungen gewohnt haben.

Die für die Stadtratswahl aufgestellten Wählerlisten enthalten 7353 Wähler der engeren Stadt und 782 Wähler des Stadtgebiets. Von den Wählern der engeren Stadt entfallen auf Partei 4375, Heppens 2392 und Neuwende 586.

Der Heppenser Hausbesitzerverein hat sich von den Gemeindevorständen losgelöst. Dafür hat sich in Heppens kürzlich ein Verein Gemeindevorstand gegründet. Morgen werden die Gemeindevorstände und der Santer Hausbesitzerverein der Lipowicz auf Aufstellung der Kandidatenliste sich versammeln.

Hebung von Staatsfeuern. Die Grund- und Gebäudesteuer, Amts- und Gerichtskosten usw. werden von der Amtseigenschaft Rüstungen (Bant, Peterstraße 39) von den Zahlungspflichtigen in Heppens, deren Namen mit den Buchstaben A, B, C, D oder E beginnen, am 22. d. M., vormittags von 8 bis 1 Uhr erhoben.

In der Petition der Santer Wirtin mit Damenbedienung um Erleichterung der ministeriellen Bestimmungen beantragt der Verwaltungsausschuß des Landtages Uebergang zur Tagesordnung.

Frühlingsanfang ist heute nach dem Kalender. In Wirklichkeit herrscht hier der Winter mehr als je. Zwar hat der starke und scharfe Ostwind der letzten Tage etwas nachgelassen, doch der neubeginnende eingelegte Frost will nicht weichen, so daß sogar die Arbeiter auf den Bauten in ihrer Tätigkeit gehindert wurden und morgens nicht arbeiten können. Doch hoffentlich wird der Frühling bald seine Rechte geltend machen.

Eine Revolverjagd. Gestern hatte sich vor dem Landgericht in Oldenburg der hiesige Holzwirt Swart wegen Verleumdung einer Lehrerin zu verantworten. Nach Ansicht Swarts hatte sein Kind die Lehrerin Fräulein Wäding in der Schule zu hart geprügelt. In der persönlichen Auseinandersetzung der beiden sind auf Seiten Swarts Worte gefallen, die zu der Verleumdungsfalschheit führten. Die Angeklagte läßt bereits seit langer Zeit, da Sw. alle Instanzen anfechtet, als der Verleumdungsfalschheit das Landgericht zurückweisen. Das Landgericht kam gestern aber wiederum zu

einer Verurteilung in Höhe von drei Monaten Gefängnis nebst Kostenverurteilung. Nach Verurteilung dieses Urteils zog Seant im Gerichtslokal seinen Revolver und gab zwei Schüsse auf sich ab. Er hatte aber nicht die richtigen Patronen in seiner Schusswaffe, weshalb der eine Schuss ihm nur eine geringfügige Verletzung zugefügt hatte. In Begleitung eines Wundarztes ging er zum Krankenhaus, wo ein Verband angelegt wurde und dampfte dann nach Hause.

Rauschen und Verdauung. Welche Wirkung der Tabak auf die Verdauung ausübt, das untersucht ein interessanter Artikel der englischen medizinischen Wochenschrift „Lancet“. „Das Verlangen nach einer Zigarette“, so wird dort ausgeführt, „ist besonders nach einem reichlichen Mahle durchaus berechtigt, denn der Tabak wirkt augenscheinlich auf die Sekretion des Magensaftes, und die Verdauung geht daher mit Hilfe einer Zigarette in rascherer und angenehmerer Form vor sich. Unter diesem Gesichtspunkte ist jedenfalls der Tabak dem Alkohold vorzuziehen, denn man im allgemeinen schädlicher Weise für verdauungsbehebend hält. Das Rauschen vor den Mahlzeiten ist für die Tätigkeit des Magens schädlich, denn dadurch wird die Sekretion des Magensaftes erschöpft.“ Das Rauschen kurz vor dem Schlafengehen ist nicht selten von Schlaflosigkeit begleitet, da der Magen dann zuviel Magensaft produziert und dadurch ein Hungergefühl erregt werden kann. Man soll daher, wenn man das Rauschen direkt vor dem Schlafengehen nicht unterlassen will, danach wenigstens einen leichten Imbiß zu sich nehmen.

Wilhelmshaven, 21. März.

Achtung, Bauarbeiter! Die Firma Hagemann auf Helgoland hat einige Maurer gemäßregelt. Die Arbeiter verhängten daraufhin über die Firma die Sperre. — Jüngst ist ferngezogen.

Wilhelmshaven. Auf die heute abend stattfindende Opernvorstellung machen wir nochmals aufmerksam. In Szene geht Webers romantische Oper „Der Freischütz“. Morgens (Mittwoch) abend wird das historische Schauspiel „Graf und Gräfin“ wiederholt.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 21. März.

Regierungsrat Dittmann als Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Oldenburg steht auf dem Höhepunkt der Tätigkeit. Ein ganz eigentümlicher Zufall, so schreibt man uns, gab uns Kenntnis von einer höchst eigenartigen Handlungsweise des Vorsitzenden der Versicherungsanstalt, die so recht zeigt, wie es gemacht wird, um die Versicherungsanstalt zu hinterziehen. Bekanntlich hat der Vorstand der Versicherungsanstalt beschlossen, daß Mittel der Versicherungsanstalt nicht mehr aufgewendet werden dürfen für Reklagen der katholischen Pflegenisse zum Kirchenbesuch in Oldenburg. Der Vorstand stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß es nicht zulässig ist, die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber für kirchliche Zwecke, die außerhalb der Aufgaben der Versicherungsanstalt liegen, zu verwenden. Die Befriedigung religiöser Bedürfnisse der Pflegenisse sei Aufgabe der Religionsgesellschaften, nicht aber der Versicherungsanstalt. Ein Zufall gab uns Kenntnis davon, daß der Regierungsrat Dittmann gegen diesen Beschluß der Versicherungsanstalt den Reichsversicherungsamt Einspruch erhoben hat, und zwar ohne daß der Gesamtvorstand dazu seine Zustimmung gegeben hat; ja noch mehr, ohne daß der Vorstand überhaupt Kenntnis von dieser Handlung erhalten hat! Die öffentliche Stellungnahme dieser Tatsache genügt. Es wird sich nun fragen, ob der Gesamtvorstand und der Vorstand sich zu der Rolle bloßer Dekoration herabdrücken lassen wird. — Regierungsrat Dittmann wird nicht verstehen können, sich hierüber zu erklären, denn es wäre doch mehr als sonderbar, wenn wirklich die vorstehende Behauptung richtig sein sollte.

Die Zentralbibliothek der Gewerkschaften befindet sich von jetzt ab im Gewerkschaftshaus, Auswärtstraße 2.

Stade, 21. März.

Öffentliche Versammlung. In einer von der hiesigen Zahlstelle des deutschen Transportarbeiterverbandes einberufenen öffentlichen Versammlung, welche von über 100 Personen besucht war, sprach Genosse Com. Besenwanger aus Nürnberg über Christentum und Arbeiterbewegung. Sein Referat begann er mit der Darstellung der historischen Entwicklung des Christentums in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung und wie es sich dann nach und nach zu einer Religion der Betrüger verwandelt habe. Des weiteren sagte er aus, daß durch Carl d. Gr. die Christen auch nach Deutschland gelangt sei und durch Gewalt eingeführt wurde. Den kirchlichen Gehalt hatte es dadurch schon verloren und es verlor ihn noch mehr im Mittelalter durch den Abkühlhandel und die Missetat der Päpste und Bischöfe, denn um Geld zu erhalten, schredten diese selbst

vor dem gemeinsten Verbrechen nicht zurück. Nach dieser Zeit kam der Mönch Martin Luther mit seiner Reformation und dann gingen die Religionskriege in Deutschland an. Aber auch schon nach kurzem waren die Bauern und das Volk eben so sehr daran und wurden ebenso zur Unterwerfung gehalten wie früher. In eine seiner letzten Predigten richtete Luther „Gegen die Hure Vernunft“. Auch in neuerer Zeit sei das Christentum nur zur Unterhaltung der arbeitenden Klassen gemißbraucht worden, Militarismus und Staatskirche sich vereinigt in diesem Streben. Daher sei es nun Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters, wenn er innerlich mit dem christlichen Glauben und der heutigen Kirche gebrochen habe, dies dann auch äußerlich zu tun, indem er seinen Austritt aus der Landeskirche erklärt. Der § 6 des Parteiprogramms der Sozial. Partei verlangt: Religion ist Privatangelegenheit (d. h. wer Religion und Kirche haben will, soll auch dafür bezahlen). Bei dem heutigen System muß aber dadurch, daß die Kirche Staatszuschüsse erhält, jeder dazu beitragen, für seine geistige Unterdrückung noch zu zahlen. Darum die Kulturfortschritt: Trennung der Kirche von Schule und Staat. Jedoch sei letzteres nur durch Massenaustritt zu erreichen, denn so lange von 64 Millionen Menschen in Deutschland noch 63 Millionen den einzelnen Konfessionen angehören, ist nicht daran zu denken, ein derartiges Gesetz zu erreichen.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der anwesende Lehrer Becker sprach als Dispositionsredner, gab dem Referenten in manchen Dingen recht, im großen ganzen war er doch ein Gegner der Kirchenaustrittsbewegungen und priors das freireligiöse Kirchenrecht in Oldenburg. Er behauptete aber auch, daß von ca. 2000 Kirchenaustrittswählern nur 31 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hätten, um 25 Ausschüßmitglieder zu wählen. Des weiteren gebe er auch zu, daß Religion und Kirche zweierlei sind. Gleichzeitig sagte er, daß er als Vater seine Kinder in seiner Gefinnung und in seiner Weltanschauung erzieht und auch erziehen haben will.

Genosse Besenwanger widerlegte im Schlußwort die vorgebrachten gegenteiligen Argumente seiner Rede und richtete an die Anwesenden die Aufforderung, aus der Kirche auszutreten, zumal dies in Oldenburg nicht mit Geldstrafen verknüpft ist. — Der Aufforderung am Sonntag morgen zu einer Versprechung zwecks Gründung einer Ortsgruppe des Zentralverbandes deutscher Arbeiter kamen circa 20 Besucher nach und die Ortsgruppe wurde mit einer Mitgliederzahl von 18 Gefinnungsgenossen gegründet. — Wieder ein Schritt vorwärts!

Neuenkirchen, 21. März.

Eine gute Idee muß es gewesen sein, die ein Ruchst des Rolon Westphalens vor etwa 20 Jahren beim Nahren verlor, denn als man sie dieser Tage beim Bearbeiten des Sandes in der Erde wiederfand, konnte sie ohne besondere Reparatur gleich wieder in Gang gebracht werden.

Geestmünde, 21. März.

Ueber die Grenze gegangen. Der Fischdampfer „August“ der Hochseefischer A. G. wurde in der Morag Strich innerhalb der Hoheitsgrenze fischend von einem Fischereistreiter angehalten und aufgebrocht. Der Fischdampfer wurde nach Abreden gelassen, wo man den Fang und die gefangenen Fische abgab. Außerdem mußte der Kapitän eine Kaution von 200 Pfund Sterling stellen, wurde arretiert und zur Aburteilung nach Wölz gebracht.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Der 76jährige Arbeiter Gerde aus Klauhornermoor geriet auf dem Heimweg von einem Besuch in einen Graben und ertrank. — Bei der Bewandlung in Lüntgen brannten die Lagerräume und die Kellerbedeckungen nieder. — Die Auswanderung nach Vosen scheint in diesem Jahre aus der Gegend von Dammie wieder stärker werden zu wollen.

Aus aller Welt.

„Praktische“ Kommunalpolitik. In Grottau O. S., einer hochkatholischen Stadt von etwa 5000 Einwohnern kamen in der letzten Stadterordneten-Versammlung die Mittel zur Sprache, die von der Stadterverwaltung zur Bällung des Stadtschuldes angewendet wurden. Bei der Beratung des Fortfallens-Baus rügte ein Stadterordneter, daß die Stadt die Wiesenverpachtungen die Pächter mit Branntwein und Zigaretten bewirtete; die Rechnung für den Schnaps und Zigarettenverbrauch werde in diesem Jahre höher. Ratsherr Kolbe erklärte darauf: Ohne Schnaps und Zigaretten sei bei den Verpachtungen der hiesigen Wiesen nichts zu machen. Die Pächter erklärten einfach: „Wenn es Euch Grottauern nicht einmal für meinen Schnaps langt, bieten wir überhaupt nicht!“ Die 43 Mark, die für diese Zwecke in den Etat eingestellt seien, hätten sich schon hundertfach verzinst; man habe so 2000 Mk. mehr an Pacht herausgeschlagen als früher. Ein anderer Ratsherr befragte, daß nicht eher ein Gebot für die zu verpachteten Wiesen abgegeben werde,

ehe nicht die Schnapsflasche unter den Bietern herumgegangen sei. — Seitdem Wiese haben sich die Stadter ohne ein Wort des Protestes gegen diese „praktische“ Kommunalpolitik mit dieser Erklärung zufriedengestellt.

Gefährliche Ballonfahrt. In Ransenstein (Nordbrabant) streifte ein deutscher Ballon mit zwei Insassen den Turm der katholischen Kirche. Es gelang ihm noch zur rechten Zeit über die Maas herüberzukommen. Der Ballon blieb in den Bäumen hängen, worauf die Insassen aus sehr gefährlicher Lage befreit werden konnten.

Verhaftet wurde auf dem Rhodampfer „Zieten“ der Mechaniker Babura, der am 21. Dezember v. J. in Wismar mit noch zwei Rompigen einen Raubmord verübte. Er wollte nach Amerika entfliehen. Er gelang den Raubmord ein und wurde in Remport dem Gefängnis zugeführt, wo er so lange verbleibt, bis die Auslieferungsverhandlungen erledigt sind.

Der Tod als Gärtner. Wie Münchener Blätter melden, wurde ein Sekretär von der Stilleitabteilung der Münchener Polizeidirektion vom Dienst suspendiert, weil er beschuldigt ist, sich bei einer Vernehmung großer Unstilleiten schuldig gemacht zu haben.

Blinder Passagier. Eine böse Reife hat ein rumänischer Defektor gemacht, der von Bukarest bis Ostende als blinder Passagier gefahren ist. Der Mann hatte die Reife zurückgelegt, indem er sich unterhalb eines Juges an Decken und Balken anklammerte. Er erklärte, daß er aus seinem Vaterlande geflohen sei, um sich den Mißhandlungen seiner Vorgesetzten zu entziehen. Er hatte als Reisegeld ein 20 Frankstück bei sich, das ihm aber unterwegs aus der Tasche gestohlen worden ist.

Kleine Tageschronik. Bei einem Einbruch im Bureau der Schlichtungs-Abteilung des Reichsgerichts für Baupflichtverletzung in Halle a. S. wurden 24 745 Mk. gestohlen. — Aus den Räumen des Schlichtungsgerichts Jacob u. Salentin in Berlin wurden 15000 Mk. geraubt. — Gestohlen und brennt wurde in Mählich bei Schütz von einem Unbekannten der 50jährige Tischschneider. — Nach einer Revision der Gemeindefälle in Mähren (Westen) wurde der Gemeindeführer wegen Unterschlagung verhaftet. — Am Sonntag abend wurde in Wetzlar der Arbeiter Becker aus Teupach von dem Arbeiter Müller, als er einen Heberfall auf Müller verurteilte, erschossen. — Aus Belgien lief der Arbeiter Hirsch in Limbach seine Wende und sein Vieh buchstäblich verhungern. Die Polizei hat sich der armen Tiere angenommen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 21. März. Wegen Unterschlagung großer Summen ist gestern ein Magistratssekretär verhaftet worden. Er gestand die Tat ein.

Köln, 21. März. Eine Versammlung des rheinischen Städtebundes beschäftigte sich mit der Gründung der deutschen Kommunalbank. Vortrat Trübner aus Barmen erläuterte den Plan. Der Verkehr mit Privaten soll ausgeschlossen, der Kundenkreis ausschließlich aus Kommunen bestehen. Die Rechtsform soll die der Aktiengesellschaft sein. Die Aktionäre sind Gemeinden, Städte, Kreise und Provinzen. Jede Aktie soll 10000 Mark betragen. Die Versammlung sprach prinzipiell ihre Bereitwilligkeit zur Gründung der Bank aus und beauftragte den Vorstand des Städtebundes, wegen Uebnahme von Aktien an die einzelnen Städte heranzutreten.

Krefeld, 21. März. Das Befinden des bei der Ballonfahrt verunglückten Fabrikanten Otto Schöber hat sich gebessert. Ranzers Leide ist noch nicht gebunden.

Hof (Bavern), 21. März. Am Montag wurden hier 650 Arbeiter in drei Webereien ausgesperrt. Die Arbeiter drohten mit dem Ausstand, falls die Fabrikleiter sich weigern sollten, die Sonnabendnachmittage freizugeben. Wenn die Arbeiter die Arbeit nicht bedingungslos wieder aufnehmen wollen, sollen außerdem weitere Betriebe, auch Spinnereien geschlossen werden.

Wien, 21. März. Eine bisher nicht bestätigte Nachricht der „Neuen Freien Presse“ aus Petersburg besagt, daß der russische Gesandte in Belling ermordet worden sei.

Wissabon, 21. März. Seit gestern können hier wegen des Streiktreits die Zeitungen nicht erscheinen. Die Redaktionen werden von den republikanischen Warden bewacht.

Briefkasten.

Gen. A. St. in S. Wunsch wird gern erfüllt. Beste Grüße!

Bearbeitet: Reklatur: D. Jacob in Bent. Verlag von Paul Hug in Bent. Notationsdruck von Paul Hug & Co. in Bent.

Dazu zwei Beilagen.

Zimmer

für 1 oder 2 Herren zu vermieten. Kurze Straße 17, part. I.

Gesucht auf sofort

ein Mädchen (16 bis 17 Jahr.) G. Vogt, Obsterstraße 7a.

Gesucht

ein kinderliebendes Mädchen, das Ostern die Schule verläßt für den ganzen Tag. Frau Follen, Wilhelmstr. 34.

Gesucht

zum 1. April ein Mädchen. Frau Zwies, Theilenstr. 15.

Gesucht

zum 1. Mai d. J. ein junges Mädchen für meinen Haushalt bei Familienanschluss und Gehalt. Carl Behrens, Goertzen bei Oldenburg i. Gr.

Gesucht

ein Mädchen für den Nachmittag. Frau Vier, Marktstraße 28.

Gesucht auf sofort

4 bis 6 Maurer.

H. Wammen, Baugeschäft, Weidfeld bei Reuthegghöden.

Gesucht

zu Ostern oder Mal ein kleiner Anrecht für leichte Arbeiten. Joh. Silvers, Galtwischstr. und Bäderel, Zwilgenhahn.

Maler-Gehring gesucht.

Fr. Kühn, Malermeister.

Gesucht

auf gleich oder später kräftiger jüngerer Burche. Fr. Tuden, Tever, Galtwischstr. u. Mineralw.-Fabrik.

Mietverträge bei Hug & Co.

Gesucht

auf sofort ein Hausburche (16-17 Jahr.) Renditore Alb. Engemeier, Heppens, Obsterstraße 47.

Kinderwagen

mit Gummireifen, marineblau, sehr gut erhalten, für 15 Mk. zu verkaufen. Bant, Mittelstr. 44, I.

Kinderwagen

mit Gummireifen, marineblau, sehr gut erhalten, für 15 Mk. zu verkaufen. Bant, Mittelstr. 44, I.

Dofeldt mehrere Anarier-Pähne u. Weibchen zu verkaufen.

Sutterfchweine

zu verkaufen. G. Janssen, Bant, Heineckstraße 10.

Zu verkaufen

18 Stück guterhaltene Lagerkästen, zwei Mädchenstühle, eine Glasplatte, eine Korktülle, ein Treten, ein Regal, wie neu.

Eduard Levy

Wilhelmshaven, Straße 58.

Täglicher Eingang
letzter Saison-Neuheiten
— in —
**Damen- u. Mädchen-
Konfektion**

Hervorragend schöne und reichhaltige
Auswahl. :: :: Anerkannt billige Preise.

Neuheit! **Hosenröcke**

ausgestellt in unseren Schaufenstern!

Bartsch & von der Brelie.



EINLADUNG

zu dem am Freitag den 24. März 1911 in Sadewassers
Tivoli stattfindenden

Winter-Fest

der drei freien Turnvereine Rüstringens

bestehend in
Konzert, Prolog, Festrede, Zithervorträgen,
turnerischen Aufführungen und nachfolgendem Ball.

Kassenöffnung 7 1/2 Uhr, Anfang 8 1/2 Uhr abends.

Entritt 30 Pf., Tanzband 70 Pf., Damen frei.

Empfehle:

Direktischen Kümmeltäse . . . 30 g
Direktischen Akaufäse . . . 37 g
Feinstes Müßli, filiziert . . . 50 g
Apfelsüßes . . . 40 g
Gemischte Marmelade . . . 30 g
Syrup, heller . . . 20 g
Buchweizenmehl, bestes
münsterländisches . . . 25 g
Buchweizengröße, feinst.

H. Winterberg

11 Adolfsstraße 11.

Banter Volksküche.

Mittwoch: Gelbe Erbsen mit Schmelz.

Lebertran

1 Pfund . . . 90 Pf.

A. O. Cassens, Peterstr. 42 u. Schaar



Strengste Reellität.
Billigste Preise.

Ortskrankenkasse

für den
Amtsbezirk Butjadingen.

Sonntag den 26. März cr.

nachm. von 3—4 Uhr
findet in Strudthoff's Gasthaus zu
Abbehausen die

**Wahl der Vertreter und
deren Ersahmänner**

aus den Arbeitnehmern zu den
Generalversammlungen für die Jahre
1911, 12 und 13 für die dritte Ab-
teilung statt.

1. Zu wählen sind in dieser Ab-
teilung 11 Vertreter und deren
Ersahmänner.
2. Wahlberechtigt hierzu sind die
Arbeitnehmer der Gemeinden
Abbehausen, Gienohamm, See-
feld, Stollhamm, welche groß-
jährig und im Besitz der bürger-
lichen Ehrenrechte sind.

Der Vorstand.

Nähmaschinen, Fahrräder

repariert, vermischt und emailliert
prompt und billigt

Adolf Eden,

Bant, Börsenstraße 12.

Eigene Emaillieranstalt.

Zum Aufpolstern von

Sofas u. Matratzen

empfiehlt sich

Wilhelm Pargner :: Oppens,

Müllerstraße 18.

11. Vorstellung des Städtischen Theater-Zyklus

in der Burg Hohenzollern

am Freitag den 24. März cr., abends 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Bremer Stadttheater.

Strandfänder.

Schaupiel in vier Akten von Hermann Sudermann.

Konsum- u. Sparverein für Bant u. Umgegend

— e. G. m. b. H. —

An unsere Mitglieder in Varel!

Wir machen unseren werten Mitgliedern hiermit
die erfreuliche Mitteilung, dass wir Anfangs Mai

am Schlossplatz in Varel

uns. 14. Verteilungsstelle

eröffnen werden. Bestellungen zu Ostern bitten wir
wie bisher an die dortigen Kommissions-Mitglieder
zu richten.

Der Vorstand.

:: Stedbrieflich verfolgt::

wird keiner, wenn er das Variété Edelweiss besucht. Stichfragen und

Vatermörder

braucht keiner anzulegen, um sich wirklich zu amüsieren.

:: 1000 Mark Belohnung ::

ziehen nicht so wie das Ensemble Goldklang.

Also auf ins **Variété Edelweiss!**

Die Direktion.

Guano

1 Pfd. 12 Pf. 25 Pfd. a 11 Pf. 100 Pfd. 9 Mk.

J. H. Cassens, Bant, Peterstr. 42, Schaar.

Gesangsverein Eichenlaub.

Besonderer Umstände halber ist
das Erscheinen sämtlicher Mitglieder
(aktive und passive) zur heutigen
Gesangsstunde dringend erforderlich.
Keiner darf fehlen. Anfang punkt
8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Soziald. Volksverein

für die Stadt Varel.

Freitag den 24. März cr.,

abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder - Versammlung

im Hof von Oldenburg.

Allseitiges Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.

Tonndeicher Hof.

heute Mittwoch:

Große Tanzmusik.

Hierzu ladet ein H. Woldemann.

Sahrrad gebraucht, billig zu

verkaufen.

Rieler Straße 60, 4. Et.

Todes-Anzeige.

Am 20. d. Mts. starb plötz-
lich und unerwartet mein lieber
Mann, unser guter Vater,
Schwiegerater und Bruder

Marten Uphoff

im 56. Lebensjahre. Dieses
bringt tiefbetrübt zur Anzeige

Heppens, 21. März 1911.

Im Namen der Hinterbliebenen

Wwe. Uphoff.

Die Beerdigung wird noch
bekannt gegeben.

1. Beilage.
25. Jahrg. Nr. 69.

Norddeutsches Volksblatt

Wittwoch
den 22. März 1911.

Oldenburgischer Landtag.

19. Plenarsitzung vom Freitag, 20. März 1911.

Auf der Tagesordnung stehen 16 Gegenstände. Es folgen die Berichte des Ausschusses für die Denkmäler, zunächst über die Besuchs- und Aufwandsordnung für die Gendarmen.

Abg. Hadden als Berichterstatter bemerkt, daß mit dieser Vorlage bewirkt wird, den Angehörigen des Gendarmekorps diejenige Ausbesserung ihrer Gehälter zu geben, wie sie der Gehaltsordnung der im Staats- und Eisenbahndienst Angehörigen entspricht. Entwürfe der Regierung, die über die in den Auswandsentwürfen enthaltenen Gehalts- und Ortzulagen hinausgehen wollen, werden abgelehnt. Das Gehalt der Gendarmen beträgt bisher 1600 bis 2200 Mark außer Teilszahlungsabfindung und Befeldung.

Es folgt der Teil der Beschlüsse voran.

über die Befolgung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.

Berichterstatter Abg. Schmidt führt aus, daß nach dem Entwurf die Befolgung derselben soll aus Grundgehalt, Alterszulagen, freier Dienstwohnung oder Mietzuschuß und sonst. Zulagen bestehen. Er stellt fest, daß die Vorlage dem Volksschulwesen wohlwollend gegenüber ist. Sie will die Lehrer mit den mittleren Beamten auf eine Stufe stellen. Daß das nicht auch schneller durch eine Erleichterung, liegt in den Finanzverhältnissen des Staates. Er bezieht sich zunächst auf den Bericht. Der Ausschuss hat über den Entwurf zum Teil hinausgegangen; er hätte die Auswandsentwürfe angenommen.

Abg. Hübner-Oltmanns schließt sich mit der Begründung der Vorlage durch die Regierung nicht in allem einverstanden; sie enthält Widersprüche. Die Vorlage, das erenne er an, ist ein großer Fortschritt für die jungen und jüngeren Lehrer. Aber was betrifft die alten Lehrer? Für solche Worte. Es scheint ihm, daß man die alten Lehrer schon zum alten Eisen werfen will. Das Gehalt der Lehrer kann man den alten Lehrern nachschließen. Sie haben all die mühsamen Jahre durchgemacht. Sie haben fünfjährige Zulagezeiten gehabt, eine solange Zeit, wie sie für keine andere Beamtengruppe vorhanden ist. Er gebe zu, daß eine Erleichterung nach Altersklassen nicht möglich ist, aber so oft es sich um Lehrer gehandelt habe im Landtag, habe die Regierung gesagt, es sei kein Geld da. Er müßte glauben, daß der Herr nicht besser begabte. Er gebe nur dem Schmerz der alten Lehrer Ausdruck, denen er leider nicht helfen könne.

Reg.-Rat v. Fintz wendet sich gegen die Auffassung, als enthalte die Vorlage Widersprüche. Was für die jüngeren Staatsdiener gelte, müsse auch für die Lehrer gelten. Von einem Widerspruch und einer ungünstigen Behandlung der älteren Lehrer könne gar keine Rede sein. Das müßte er entschieden betonen, die Angelegenheit wird nicht berührt.

Abg. Schmidt teilt zwar die Bedenken des Abg. Hübner-Oltmanns, betont aber, daß all das, was er vordrängte, im Ausschuss wohlwollend aufgenommen ist.

Minister Ruckert: Niemand hätte geahnt, daß schon jetzt eine Gleichstellung der Lehrer und Subalternbeamten möglich sein würde. Hätten die Lehrer, sollen befördert werden, soweit dies möglich ist, aber es werden immer Ungleichheiten bestehen bleiben. Die Gleichstellung der älteren Lehrer wird sich nicht immer ermöglichen lassen, diese Ungleichheit bleibt auch bei anderen Beamten bestehen.

Abg. Schulz: Seine Freunde und er selbst begrüßen es, daß durch den vorliegenden Entwurf die Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen endlich einmal wesentlich günstiger gestellt werden als es bisher der Fall war. Sie werden dadurch in die Lage versetzt, weniger abhängig von materiellen Sorgen sich ihrem idealen Erzieherberuf zu widmen. Daß dabei nicht allen Wünschen, speziell der älteren Lehrer entsprochen ist, bedauern wir, und meine Freunde hätten im Ausschuss die volle Entschiedenheit, nach dem Entwurf die Antwort, daß dies eine sehr große Summe erfordern würde. Da dem so ist, muß man eben sich mit der Unmöglichkeit der Erfüllung aller Wünsche begnügen. Das gebe nicht an, aber er hoffe, daß noch bedeutende Härten für die älteren Lehrer, daß das Gesetz möglichst ausgeglichen werden. Es wird ja immer noch sehr, daß ältere Kategorien von Beamten bei Gehaltssteigerungen abgehängt werden als die anderen, jüngeren. Wenn allerdings der Minister sage, niemand hätte geglaubt, daß heute schon eine Gehaltsgleichstellung der Lehrer mit den Subalternbeamten möglich ist, so hätte er dem entgegen, daß das nur bewirkt, was man früher in dieser Weise für die Lehrer gegenüber den Abg. Hübner zu, daß es eine Ungerechtigkeit war, die Lehrer mit so langen, fünfjährigen und auch niedrigen Zulagezeiten, wie früher, zu bedenken. Deshalb ist es gut, nachzuholen, was früher verkannt war. Das ist durch den Entwurf im allgemeinen gegeben. Deshalb stimmen wir ihm zu. Man immer noch die Interessen der Lehrer in dem gleichen Maße entgegenwärt. Denn jeder weise Menschenfreund möchte alles tun, um die Grundlage einer Volksschule, die Volksschule, freier zu gestalten und mehr auszubauen und zu beben.

Ein Mehrheitsantrag des Ausschusses will beim § 2, der den Gemeinden das Recht zur einmaligen außerordentlichen Zuwendungen an die Lehrer zuschreibt, die Worte „zur einmaligen außerordentlichen“ und das Wort „einmalig“ streichen. Die Mehrheit geht davon aus, daß dieser Paragraph zwei Klassen von kommunalrechtlich gebundenen Lehrern schaffe, ferner dieser Paragraph steht in der ersten Verordnung der Gemeinden eingetragt, da die Lehrer nach oberster richtiger Entscheidung der Gemeinden zu sein. Die Mehrheit will sich die Möglichkeit von Ortzulagen offen halten.

Reg.-Rat v. Fintz spricht sich in längeren Ausführungen gegen den Antrag aus und wendet vor dem Vorschlag.

Abg. Hergens schließt sich dem an. Der Antrag würde wieder ein Vorrecht für diese Gemeinden bedeuten und für einzelne Lehrer ein Sonderrecht, das er nicht mitmachen könne.

Abg. Dräger findet, daß gerade dieser Antrag von schwerwiegenden Folgen sein wird. Das Wettrennen um Erhaltung preiswürdiger Zulagen wird wieder beginnen. Durch Abzug und die Gunst einzelner Gemeinderatsmitglieder werden Lehrer belächelt, Zulagen zu erhalten. Wenn einem dann eine Zulage gegeben ist, müssen sie alle Lehrer erhalten, und so wird der Antrag zur Schande ohne Ende.

Abg. Zantke kann nicht einsehen, daß der Antrag erhebliche Nachteile mit sich bringt. Es wird ausgeschlossen sein, daß das Land von guten Lehrkräften entblüht wird. Aber auch eine praktische Schwierigkeit wird der Antrag befehlen, z. B. die Erstellung des Fortbildungspersonals. Das Selbstverwaltungsgesetz wolle er absolut nicht einschneiden. Das geschieht auch nicht durch den Antrag.

Zuletzt Minister Ruckert erwidert, von einer Raubung der Selbstverwaltung zugunsten des Staats kann keine Rede sein. Das Selbstverwaltungsgesetz soll den Gemeinden hier nur zu Gunsten anderer Gemeinden eingeschärft werden. Es sei ungerichtet, einen Lehrer benachteiligen.

Abg. Schulz teilt sich für die Befolgung des Paragraphen aus, auf den er das Hauptgewicht legt.

Abg. Hübner-Oltmanns schließt sich dem an.

Nach einer kurzen Debatte wird zur Abstimmung gekommen. In namentlicher Abstimmung wird der Mehrheitsantrag, die Streichung der Worte „zur einmaligen außerordentlichen Zuwendungen“ betreffend, mit 27 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen u. a. die Sozialdemokraten. Es bleibt daher bei der unverschnittenen Fassung des § 2, welcher lautet: Neben der festen Befolgung dürfen die Gemeinden zur einmaligen außerordentlichen Zuwendungen an einzelne Lehrer oder Lehrerinnen aus besonderen Gründen bewilligen.

Die §§ 10 und 11 sollen die Regelung und Befolgung der Alterszulagen vor. Der Ausschuss beantragt dazu in einem Antrag, daß die erste Zulage nach der Anstellung in kürzester Zeit bewilligt werden kann, wenn der Anstellung eine frühere Dienstzeit angerechnet wird. Ferner in einem Antrag 10, daß für Lehrer die ersten fünf Zulagen je 140 Mk., die weiteren fünf je 170 Mk. und die letzten drei je 150 Mk. jährlich betragen. Schließlich in einem Antrag 11, daß für Lehrerinnen die fünf ersten Zulagen je 125 Mk. und die letzten sieben je 100 Mk. jährlich betragen. Abg. Hübner-Oltmanns hält die Befolgung der Alterszulagen für Lehrer nicht für richtig, sondern man hätte einen einheitlichen Betrag von 150 Mk. setzen sollen. Er behält sich einen Antrag zur 2. Lesung vor.

Reg.-Rat v. Fintz schließt sich dem an. Für die Lehrerinnen sei der Ausschuss ja auch etwas weiter gegangen, obwohl das etwas mehr ausmache, werde die Regierung nichts dagegen haben.

Abg. Dräger II. wünscht, daß die Zulagen für Lehrerinnen auch auf 140 Mk. festgesetzt werden und werde er einen Antrag zur 2. Lesung unterbreiten.

Abg. Schmidt wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dräger II. und findet, daß die Regelungen der Lehrer anerkennenswert, aber er glaube, daß die oldenburgische Regierung in der Anstellung weiblicher Lehrer zu weit geht.

Abg. Hug kann den Gründen des Abg. Schmidt nicht beitreten. Aber er wolle sich gegen die Äußerungen des Dr. Dräger II. wenden. Für 140 Mk. pädagogische Dienste, der er im Ausschuss bei jeder Gehaltsgruppe angestrichelt bemerkt war, bis auf das Tageslohn über 1. Die Absicht zu wahren, müßte wissen, daß der Ausschuss anfanglich 140 Mk. bewilligen wollte, daß man sich aber schließlich auf 125 Mk. geeinigt habe, weil ein Teil des Ausschusses auch das noch für einen zu großen Sprung hielt und er nur für 125 Mk. gestimmt habe, weil der Ausschuss Wert auf einen einheitlichen Betrag lege.

Die Äußerungen des Abg. Dräger II. betont, daß die Lehrer selbst Schuld an dem Lehrermangel sind, der die Regierung verpflichtet, Lehrerinnen anzustellen.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen. Zu § 13, die Wohnung und Mietzuschuß, hat der Ausschuss drei Anträge gestellt, die dem Paragraphen eine andere bestimmte Fassung geben: 1. Dem Hauptlehrer steht freie Familienwohnung mit Garten zu, dessen Größe vom Oberaufsichtsausschuss nach der Größe des Schulortes bestimmt wird. Von der Gewährung eines Gartens kann abgesehen werden, wenn ein solcher nach den örtlichen Verhältnissen nicht möglich ist. 2. Dem Hauptlehrer steht freie Familienwohnung im Schulbezirk zu, dessen Größe vom Oberaufsichtsausschuss bestimmt wird. 3. Die Höhe der Mietzuschüsse wird von der Gemeindeverordneten festgesetzt; sie soll zwischen 200 und 400 Mark, und wenn besondere Umstände auch einen Betrag von 400 Mk. nicht ausreichend erscheinen lassen, mehr betragen. Gegen die Forderung der Gemeindeverordneten ist die Klage beim Verwaltungsgericht zulässig.

Reg.-Rat v. Fintz hat schwere Bedenken gegen die Anträge. Sollten sie angenommen werden, dann müßte mindestens die Klage beim Verwaltungsgericht fortfallen und die Befehrwerte beim Oberaufsichtsausschuss möglich sein. Er behält sich Anträge zur zweiten Lesung vor.

Abg. Hug: In diesen Paragraphen ist von der Genehmigung des Oberaufsichtsausschusses die Rede. Zur Sache will ich nicht reden, sondern möchte eine Erklärung abgeben in Bezug auf die Auseinandersetzung, die ich in der Donnerstagsitzung mit dem Herrn Minister über das Oberaufsichtsausschuss gehabt habe. Ich bin das den Personen schuldig, die ich in der Debatte gegen ihn habe und die nach der Antwort des Ministers als klarste Europäer erklären, weil dieser erklärt hat: „er glaube, daß die Zurückgabe der Statutenentwürfe wegen des „möglichen Details“, in dem er verläßt worden, erfolgt sei. Diese Personen können doch nicht dafür, wenn die Vorlagen der Regierung wegen ihres Details zurückgegeben worden. Ich würde nun erklären, daß etwas falsches Minister, der sonst durchaus nicht leichtgläubig ist, etwas falsches geglaubt hat. Es ist nicht notwendig, daß das Oberaufsichtsausschuss dem Entwurf zugestimmt hat mit der Begründung: „er sei nicht reichhaltig genug“. Dazu sei noch bemerkt, daß der Entwurf in sich und Inhalt sich dem vom Ministerium genehmigten Statut über die höhere Bürgerschule anlehnt. Ferner wird er dem dortigen Reichsausschuss zu einer Meinungsäußerung unterbreitet. Dieser legte ihn der Entwurf: „Ich muß die knappe Sachlage und die Arbeit des Ausdrucks räumen.“

Zuletzt Minister Ruckert hat der Sache, die Abg. Hug erzählt, auch sofort nachgegeben. Aber er habe die Sache für so belanglos gehalten, daß er gar nicht weiter darauf eingegangen sei. Warum solle das nicht auch einmal eine Gemeindeverordnete, was ihn und jeden anderen auch pöbeln, pöbeln.

Abg. Hug: Er nehme das nicht tragend, aber es ist etwas anderes, ob man einem Gemeindevorsteher so etwas unter vier Augen sagt, oder ob man es hier im Landtag in aller Öffentlichkeit sagt.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Es steht dann der Aufwandsentwurf 17 zur Beratung. Dieser lautet: Lehrer, die nicht die Befolgung eines Hauptlehrers beziehen und Lehrerinnen erhalten für ihre Person freie mobilisierte Wohnung im Schulbezirk nebst einer Entschädigung von 50 bis 100 Mk. für Aufwartung. Die Gemeinde kann ihnen ausnahmsweise eine andere mobilisierte Wohnung anweisen oder ihnen gestatten, sich selbst eine Wohnung zu beschaffen. Wo eine Wohnung nicht gewährt wird, ist eine Entschädigung zu zahlen, deren Höhe von der Gemeindeverordneten festgesetzt wird. Gegen die Forderung der Gemeindeverordneten ist die Klage beim Verwaltungsgericht zulässig.

Reg.-Rat v. Fintz erklärt, Bedenken gegen den Antrag zu haben, die sich aber bis zur zweiten Lesung wohl lösen ließen.

Der Antrag wird angenommen.

Ein anderer Antrag verlangt, daß die Hauptlehrer pensionsfähige Stellenzulagen erhalten, die bei ein- bis vierjährigen Schulern 100 Mk., bei fünf- und sechsjährigen 200 Mk., bei sieben- bis achtjährigen 300 Mk. betragen. Der Entwurf will zwar auch dem Hauptlehrer gleiche Zulagen geben, aber nicht unter 100 Mk. Zulagen.

Abg. Fintz tritt für höhere Stellenzulagen für Hauptlehrer an einfallenden Schulen ein. Diese müssen besonders pädagogisches Gehalt enthalten.

Der Aufwandsentwurf wird angenommen, ferner ein Antrag, wonach ein Lehrer, sobald er an Alterszulagen bereits 700 Mk. erhält, ihm solche zum Betrag von je 170 Mk. zu gewähren sind, eine weitere solche in Höhe von 125 Mk. erhält, die für den Betrag von 625 Mk. an Alterszulagen erreicht hat.

Weiter stellt der Ausschuss den Antrag: „Die einem Hauptlehrer oder einem Lehrer mit Hauptlehrerbefolgung zustehende Befolgung“.

Ortszulage wird ermöglicht oder fällt weg nach Erreichung eines Gehalts von 3400 Mk.

Reg.-Rat v. Fintz hat schwere Bedenken gegen diesen Antrag, der eine Pensionierung anderer Gruppen enthält. Er werde zur zweiten Lesung einen Änderungsantrag einbringen. Der Antrag wird angenommen.

Ein weiterer Antrag verlangt, daß die bisherigen Gehaltsordnungen so lange in Geltung bleiben, bis von der Gemeinde etwas anderes beschlossene wird.

Das Gesetz wird schließlich nach einiger Debatte in erster Lesung angenommen.

Lehrerbefolgungsgesetz für das Fürstentum Lüneburg.

Berichterstatter Abg. Schmidt bezieht sich auf den Bericht. Das Gesetz ist im wesentlichen dem Entwurf für das Herzogtum nachgebildet. Auch in Bezug auf die Regelung der Alterszulagen usw. sind die gleichen Entwürfe wie bei dem vorhergehenden Entwurf gestellt.

Die dementsprechenden Anträge werden sämtlich angenommen. Es schließt sich an.

Das Lehrerbefolgungsgesetz für das Fürstentum Verden.

Auch dieses wird ohne jede Debatte nach den Ausschussentwürfen angenommen.

Der Landtag geht über eine Eingabe des Gemeindevorstandes zu Tossens um eine einmalige Beförderung von 750 Mk. zur Anschaffung von Badeschiffen am Strande in Tossens zur Tagesordnung über.

Der Landtag stimmt der Erleichterung einer staatlichen Dampfzähne zwischen Kleinem und Tossens zu.

Es folgt der Bericht über die Petition der Hilswarder um Erleichterung des Stundenschnittes.

Die Mehrheit des Ausschusses hat Überlegung zur Tagesordnung, die Mehrheit, die Abg. Heilmann und Welfs, Prüfung der Petition beantragt.

Abg. Plate als Berichterstatter beantragt, den Mehrheitsantrag auf Überlegung zur Tagesordnung anzunehmen. Den Anträgen sei genügend entgegengekommen.

Abg. Heilmann tritt selbst für den Antrag auf Prüfung ein. Wenn die Regierung auf den in der Petition gemachten Vorschlag der Richtauszahlung der Prämien sage, sie habe kein Verprechen gemacht, so könne das nach einer Arbeitsordnung von 1908, die Richter verleiht, doch der Fall zu sein. Im übrigen sind die Adressen dieser Arbeiter so niedrig, daß eine Aufbesserung durchaus angebracht ist.

Finanzrat Steu hat zwar die Tagesordnung nicht bei sich, glaubt aber, daß 1909 ein Zulage gemacht wurde, der noch nicht auszuführen möglich war.

Abg. Schulz bemerkt, daß die Ausführungen des Regierungsvertreters gerade für den Antrag der Richter sprechen, den er anzunehmen bitte.

Abg. Müller-Brake plädiert für Tagesordnung.

Abg. Heilmann wendet sich gegen die Ausführungen des Regierungsvertreters. Sind die Jahre 1910 festgelegt, dann müssen sie auch bezahlt werden. Wenn Abg. Plate sagt, die Richter brauchen nicht in der neuen Stadt Lüneburg, sondern können am Lande wohnen und sich Nebeneinkünfte verschaffen, so belege das der Bericht.

Abg. Weyer ist gegenwärtig Meinung wie Abg. Müller-Brake. Er sei durchaus für die Prüfung, die gerade durch die Erklärung des Regierungsvertreters nötig sei.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung am Mittwoch.

Gewerkschaftliches.

Das Zentralschlichtungsgesetz für das Baugewerbe, das nach einer früheren Meldung bereits am 6. März zu seiner zweiten Sitzung zusammengetreten sollte, konnte wegen Behinderung eines Unparteiischen seine Verhandlungen erst am 13. März aufnehmen und tagte dann bis 15. März, in welcher Zeit es alle vorliegenden Verhandlungen und Anträge aufarbeitete. Die Tagesordnung umfaßte 78 Anträge. Mehr denn 30 Anträge wurden zur weiteren resp. erneuten Verhandlung und Erledigung an die dritten Schlichtungsstände zurückverwiesen. Mehrere angefochtene Schlichtungsstände wurden bestätigt und einige andere mußten aufgehoben werden, da die Vorinstanzen in ihrer Befehlshaltung ihre Zuständigkeit überschritten hatten. Mehrere Anträge betrafen wieder die Verweigerung des Vertragsabschlusses durch die Unternehmer; sie fanden ihre Erledigung nach der, in der vorigen Sitzung geäußerten und mit der Dresdener Entschädigung übereinstimmenden Praxis, nach der dort, wo ausgespart wurde, oder vorher ein Vertrag bestand, der Vertragsabschluß zu erfolgen hat und die fällige Lohnverhöhung nachzahlen ist.

Aus aller Welt.

Vernagelte Luftschiffer. Der am Sonntag in Arefeld aufgestiegene Ballon „Tafelberg 4“ ist im Jünder See (Holland) niedergegangen. Der Führer, der Metallwarenfabrikant Paul Ruyter vom Niederdeutschen Verein für Luftschiffahrt, dürfte den Tod in den Wellen gefunden haben. Der Mitfahrer Otto Schröder wurde schwer verletzt aufgefunden. Das Unglück wurde in Arefeld durch ein Telegramm an die Familie Ruyter bekannt.

hochwasser.

Mittwoch, 22. März: vormittags 5.23, nachmittags 5.38

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!

Zur Beachtung!

Auf verschiedene Anfragen teilen wir den Inserenten in ihrem Bezugsquellen-Verzeichnis mit, daß die Abkündigung in ihrem Vertrag festgelegt ist. Wir bitten, Abkündigungen direkt an den Verlag, H. Albrecht, Dresden, Schnorrstr. 7, gelangen zu lassen. Die Expedition.



Palmato Pflanzen-Butter

Margarine ist aus garantiert reinen und feinsten Pflanzendölen hergestellt, vorzüglich haltbar, leicht verdaulich, nahrhaft und bekömmlich. In Geschmack, Aroma und Aussehen bester Naturbutter.

Naturbutter

gleich! Nur echt in Packungen mit dem Elefanten. Um Verwechslungen zu vermeiden siehe man genau auf Packung, Marke und nachstehende Firma!

AL. Mohr & Co. Altona-Bahrenfeld.

Vertreter: Heinr. Gade in Wilhelmshaven, Kurze Strasse 16.

b. Bley, Osterburg, Schulstr. 2.

Vom 18. bis 28. März d. Jahres:

11 billige Tage
für sämtliche fertigen Anzüge, Schuhwaren, Kleiderstoffe, Betten, Gardinen, Damenhemden, Röcke, Schürzen. : : : Meine neuen, schönen Konfirmanden-Anzüge in schwarz, blau und gemustert, sind : : konkurrenzlos billig!

Einswarden.

Mittwoch den 22. März, abends präz. 8.30 Uhr
im Saale des Herrn Roth, Tivoli:

Komb. Partei- u. Gewerkschaftsmitglieder- Versammlung.

Tagesordnung: Wie feiern wir den 1. Mai?
Um rege Beteiligung bittet Die Maskenkommission.
Mitgliedsbuch legitimiert.

: In Heppens :

werden Bestellungen auf das „Norddeutsche Volksblatt“, sowie auf Inserate und Druckfachen entgegengenommen in der Filiale des Blattes : :

Ulmenstr. 24

nahe der Güterstraße. : : :

Neuheiten in garnierten Damen- und Kinder-Hüten

in großer Auswahl vorhanden.
Befestigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Ältere Hüte werden schnellstens u. billig modernisiert.

Hüte zum Waschen, Färben und Umprägen werden jederzeit entgegengenommen.

Martha Busch

Heppens, Ulmenstraße 22.

Arbeiter!

Abonniert das Nordd. Volksblatt!



Der Fischverkauf

am Hafen (Ende Rönigstr.) beginnt
Mittwoch früh und dauert bis abends.
Hochl. Schellfisch 15, 20, 25, 30 Pf.
Rotungen, Karbonade . 25, 30 Pf.
Grüne Deringe 12 Pf.

Persil

Gut und billig
waschen Sie nur mit
dem beliebigen, selbst-
tätigen, unschädlichen

Waschmittel

Persil. Die Wäsche
wird dauernd blüten-
weiß und überaus ge-
schont. Dabei bedeu-
tende Verbilligung der
Waschkosten.

Erschließbar nur in Original-
Packeten.

HENKEL & CO., DÜSSELDORF.

Kleinste Packungen auch
der Selbstbedienung.

Henkel's Bleich-Soda

Zu verkaufen
zwei Wurf Ferkel.
Hofenboom, Reuengroden 145.

Leer Mühlenstr. 16

2 Min. v. Bahn

Zigarren-, Zigaretten-
n. Tabak-Geschäft von
Rudolf Heyer

Stärke ff.

1 Pfd. 25 Pf., 10 Pfd. 2.40 Mk.
Feinste Reisstärke

1/2 Pfd., 1 Pfd. u. 5 Pfd. Schachtel,
35 Pf. pr. Pfund.

: Glanzstärke :

1 Paket 14 Pf., 1/2 Pfd. 25 Pf.
Silberglanzstärke

1 Schachtel 17 Pf.

Cremestärke

1 Schachtel (1/2 Pfund) 24 Pf.

Cremefarbe

1 Glas 10 Pf. : : 3 Pakete 10 Pf.

Plättthülse.

Vorag . . . 1 Pfd. 35 Pf.

J. H. Cassens

Bant, Peterstraße 42,
und Schaar.

Neuheiten

in Kleider- und Blusenstoffen

eingetroffen.

Martha Kappelhoff
Ecke Deich- und Koenigsstraße.

Oldenburg.

Unentgeltliche Auskunft

in Sachen der sozialen Versicherungs-
gesetz, Gewerbeschutz u.
Karl Hoffmann, Elmsstr. 8b.

Rüstersiel.

Öffentliche

Bürger - Versammlung

am Dienstag den 21. März, abends 8.30 Uhr

im Lokale des Herrn Sandfuchs,
Rüstersieler Hof.

... Tages-Ordnung: ...

1. Vortrag über die Verhältnisswahl.
2. Aufstellen der Kandidaten zur Stadtratswahl.

Hierzu laden freundlichst ein

Die vereinigten Bürgervereine.

Banter Konsum- und Sparverein

e. G. m. b. H., Bant.

Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht,
monatlich die kleinen Marken gegen große in den Ver-
kaufsstellen umzutauschen.

Der Vorstand.

Die Wählerlisten

für die Stadt und Stadtgebiet
Häufungen liegen auch im

Siebethsburger Hof

zur Einsicht aus.

Gewerkschaftskartell Brake.

Zu unserm am 20. u. 21. Mai
neben der Vereinigung stattfindenden

Gewerkschafts-Fest

sind noch Bundesplätze zu vergeben.
Angebote bis zum 1. April an Gast-
wirt D. Deder, Brake, erbeten.

Der Vorstand.

Billig zu verkaufen

ein gut erhaltener Einolmentteppich,
sowie ein dreiflammiger Gaslocher.

Bant, Bremer Str. 79, 2. Et.

Eduard Dittmann

Buch- u. Papierhandlung
Bant, Mühlentischstraße 2.

Lieferung sämtlicher Zeitschriften und
Modelljournale. — Bezugsquelle für

Private- und Vereins-Bibliotheken.
Anfertigung von Kaufskalkülpeln.

Großes Lager von Ansicht- und
Kunststücken. — Reiche Auswahl
in Broschüren politischen und gewer-
schaftlichen Inhalts.

Dörrgemüse

in allen Sorten billig.

1 Tafel (6 Portionen) 15 Pf.

J. H. Cassens

Bant, Peterstraße 42.

Damen- u. Herrenrad

gut erhalten, ein Räder (Ruhbaum),
eine Singer-Nähmaschine, Sofa, Tisch,
sowie mehrere Stühle äußerst billig
zu verkaufen. Wellmstr. 23, pt. I.



Mittwoch, 22. März,
nachm. 4 Uhr:

Extra arrangierte

Kinder-

Vorstellung

bei halben Preisen.



Consul

der Affe

soll und muß jedes
Kind sehen.

Vollständiges Programm!

Eintrittskarten sind schon von
heute ab an der Kasse zu haben.

Ausführung sämtl. Eisenarbeiten.
Reinigen der Oefen u. 50 Pf. an,
Einmauerung von Wölbsteinen, Ab-
hänge bei Rauchbelästigungen u. zu
den billigsten Preisen.

H. Petras, Tischlermeister,
Bant, Wölbstraße 21.

Ministerialdirektor Caspar: Die bayerische Regierung hat Erwägungen über die Verstaatlichung der Wasser- und Feuer-versicherungen angestellt.

Abg. Jung (Natl.) fragt die Regierung, ob die privaten Versicherungsanstalten verpflichtet werden sollen, einen Teil des Bestandes in Reichsanstalten zu investieren.

Staatssekretär Delbrück: Die Frage des Anlagezwanges kann ich noch nicht beantworten, da die Regierung selbst noch nicht weiß, was sie will. (Beifall.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Jäger (Frp.) und Grottel (Frp.) wird das Projekt demnächst, und die dazu notwendigen Resolutionen angenommen. Die jetzt gebürt vorliegende Resolution (Natl.) zum Kanalbau betr. die Binnenschifffahrt wird abgelehnt. Damit sind die dauernden Ausgaben erledigt. Es folgen die einmaligen.

Sein Titel Bestätigung des Reiches am internationalen biologischen-naturwissenschaftlichen Institut fordert

Abg. Gierke (Natl.) dauernde Beteiligung Deutschlands an diesem Unternehmen.

Beim Titel Bestätigung des Tophus wünscht

Abg. Franz (Natl.) eine umfassende Denkschrift über diese Angelegenheiten.

Staatssekretär Delbrück nimmt dem zu. Beim Titel Beitrag für ein internationales Institut für soziale Biologie fordern die

Abg. Spahn (Zentr.) und **Wassermann (Natl.)** die Gründung eines Zeitungsvereins.

Beim Titel wissenschaftliche Verarbeitung und Veröffentlichung des Ergebnisses der Expeditionsreisen erklärt

Abg. Wassermann (Natl.): Die Expedition des Oberleutnants Jäger sei eine große nationale Angelegenheit für Deutschland.

Ministerialdirektor Caspar: Wir haben der Expedition gegenüber die wärmsten Sympathien, aber unsere Mittel erlauben uns keine Unterstützung.

Abg. Grottel (Frp.): Mit einer platonischen Liebe sollte es nicht getan sein. Wir sollten dem Unternehmen die Mittel bewilligen.

Staatssekretär Delbrück: Zu meinem Bedauern muß bei diesem Titel geparkt werden, bis unsere Finanzen sich gebessert haben.

Abg. Frey, v. Nisholzen (Frp.): Die freiwillige Finanzierung des Unternehmens ist mir lieber als die Bewilligung von Reichsmitteln.

Bei Titel Ausstellungen in Rom und Turin 1911 bemängeln die Abg. v. Nisholzen und Frey (Frp.) die niedrige Bewertung des Fonds. Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt, jedoch wird die zurückgehaltene Resolution betr. Kunst- und Klammerausstellungen angenommen.

Beim außerordentlichen Akt beantragen die Sozialdemokraten für Arbeiterkassen u. a. erhöhte Mittel anzufordern.

Staatssekretär Delbrück: Es handelt sich um eine erhebliche Belastung, je eher wir uns mit der Sache befassen, desto eher werden wir für die Sache mehr ausgeben können.

Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag abgelehnt und die Ausgaben werden bewilligt. Die Einnahmen werden bis zum Kapitel Kasse genehmigt, über die morgen verhandelt wird.

Weiterberatung Dienstag 1 Uhr.
Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus dem Lande.

Marienthal, 21. März.

Der Distriktsrat hielt Sonnabend seine leider schwach besetzte Monatsversammlung ab. Ein Vortrag über die Nachmittags der Arbeiterkassen wurde sehr beifällig aufgenommen. Eine interessante Diskussion zeigte die geistige Regsamkeit der anwesenden Genossen. Zu wünschen wäre nun in Zukunft ein besserer Besuch. Nur dadurch ist es dem Vorstand ermöglicht, noch mehrere solch interessante Abende zu arrangieren.

Barel, 21. März.

Eine gemeinschaftliche Sitzung des Schulvorstandes der Reichsschule und des Stadtrats ist auf Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Anstellung eines wissenschaftl. Hilfslehrers.
2. Uebernahme einer Vertretung durch einen Lehramtskandidaten.

Daran anschließend Sitzung des Stadtrats mit folgender Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über den Abschluß eines Vertrages mit der Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin.
2. Grunderwerb an der Hofenstraße und Bewilligung von Pflasterungsarbeiten dorthin.
3. Bewilligung von Mitteln für die Anschaffung von Bänken.
4. Aufnahme einer Anleihe für die Pflasterung des Schweineweges (zweite Lesung).

Der sog. Wahlverein hält seine Mitgliederversammlung

wurde, damit niemand von der Strafe aus etwas davon merken konnte. —

Wäre, aber mit gutem Gewissen legte Katalja sich an diesem Abend zu Bett. Es war schon sehr lange nicht vorgekommen, daß sie sich ruhiger zur Ruhe begeben, sie ging ja auch bisher meistens erst schlafen, wenn der Tag graute, da nachts ihre „Arbeitszeit“ war. Nur mit Grauen konnte sie ihrer jüngsten Vergangenheit gedenken, und während sie einschlummerte, was es ihr, als befände sie sich in einem tiefen Abgrund, als läge sie hoch oben nur eine schmale Spalte, durch welche das Licht des Tages fiel. Aber sie war sehr entschlossen, aus diesem Abgrund wieder emporzukommen, sich zu retten, um wieder wie ein Mensch unter Menschen zu leben.

Am andern Tage machte sie sich gleich nach dem Morgengrauen auf, Arbeit zu suchen; denn sie hatte sich ganz fest vorgenommen, nachdem sie dem Trunk entlag, auch ihrem erniedrigenden Erwerb den Rücken zu kehren. Sie hatte ja die Damenschneiderei erlernt, und wenn sie auch in den letzten Jahren keine Übung mehr gehabt, wenn sie auch noch unläufig sich das Gegenteil einzureden versucht hatte, so wußte sie doch, daß — wenn sie nur wollte — es ihr nicht schwer fallen würde, sich in kürzester Zeit wieder einzuarbeiten.

Dieser Gedanke gab ihr neuen Mut, neue Lebenshoffnung.

Ihr Gang führte sie in die Nachbarschaft, wo sich eine ziemlich große Damenschneiderei befand.

Mit klopfendem Herzen trat sie ein und sagte dem ihr die Tür öffnenden Lehramtskandidaten, daß sie die Prinzipalitin zu sprechen wünsche.

Als das kleine Ding Kataljas ansichtig wurde, bedeckte es sein niedliches Gesichtchen mit den allerliebsten Bäck-

umständlicher am Freitag abend im „Hof von Oldenburg“ ab, worauf die Mitglieder aufmerksam gemacht werden.

Der Konsum- und Sparverein für Bant und Umgebung wird von vielen Einwohnern gewünschte Verteilungsstelle trotz aller Nachsichtungen der Gegner Anfang Mai am Schloßplatz eröffnen. Mögen diese Nachsichtungen und Angriffe ein Vorzeichen für die Anhänger des Konsumvereins zur weiteren Ausdauer und Agitation sein, denn, nur im Zusammenhange der Konsumanten liegt ihre Stärke, und auch der Zusammenhänge der Banteler Konsumanten wird dazu beitragen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der gesamten Einwohnerchaft zu bessern.

Coerßen, 21. März.

Eine öffentliche Gemeinderatsitzung fand Freitag nachmittag 4 Uhr im Bürgersmanns Gasthof zu Petersfehn statt, nachdem vorher eine Lokal-Besichtigung der Schule A dort stattgefunden hatte. — Beschlossen wurde die Schule A, nach einem neuen Plane des Schulvorstandes, umzubauen. Danach bleiben die Klassenräume wie jetzt, in der Lehrerwohnung werden ein paar kleine Veränderungen vorgenommen, der Spielplatz wird nach der anderen Seite verlegt und ein neues Abortgebäude für die Kinder errichtet. Mit der weiteren Ausführung wurde der Schulvorstand betraut. — Ueber den Ausbau einer Klasse in Petersfehn B lag eine Zeichnung vor, die genehmigt wurde. — Als Vertreter für diese neue Klasse ist Fräulein Anna Südhof aus Oldenbrot, gegenwärtig am Reuenburger Seminar engagiert. — Für den nach Hude versetzten Lehrer Kienemann der Schule A in Coerßen kommt ein Lehrer v. Dorn aus Barel. — Es hat sich herausgestellt, daß die neue Schule A in Coerßen nicht nach der Zeichnung gemacht ist. Ein Sachverständiger soll eine Radprüfung vornehmen. Ferner beschloß der Gemeinderat, dem Bauherrn Maurermeister Fr. Marks die Garantiesumme nicht eher auszusahlen, bis diese Angelegenheiten erledigt sind. Zwei frühere Schulaufsichtsratsmitglieder erklärten hierbei, daß sie bei Abnahme der Schule dem vom Amt herangezogenen Sachverständigen Bauinspektor Ritter auf verdeckten Wegen auszusahlen, bis diese Angelegenheiten erledigt sind. — Die Uebernahme des Weges bei Radhofs Haus in Coerßen III als Gemeindeweg wurde, dem Antrag der Wegekommission entsprechend, abgelehnt. — Von Ziegenfeldt L. de Cauley in Barel sollen nach einer vorliegenden Probe 20–25000 Körner, zur Anlegung des Bürgerweiges vorne in Coerßen, gekauft werden, die alten Körner die nun dort liegen, sollen zu einer Verlängerung an der Kirche vorüber dienen. — Beschlossen wurde in I. Lesung das Statut betr. Fortbildungsschule. — In die Fortbildungsausschüsse wurden gewählt: Zigarrenmacher Joh. Helms, Landmann D. Meyer, Kaufmann Carl Behrens, Zigarrenmeister Johs. v. Oosten und Bäcker Wilhelm Albert. — Beschlossen wurde in I. Lesung die Umlegung eines Wasserzuges an Wedd's Grünland an der Chaussee Wob-Wehnen. — Eine längere Debatte ergab sich dann noch über die Belegung des Reichelschauer Hofes. Das Amt hat nicht den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Wert Käufer bestätigt, sondern einen Landmann Bruns. Der Gemeinderat erklärte darüber seine Mißbilligung und wünschte in Zukunft mit solchen Sachen verschont zu werden, wenn das Amt dem Beschluß des Gemeinderats doch nicht nachkommen wolle. Nach dem Schreiben des Amtes hat Käufer auf Grund des ärztlichen Ratschlags dem Ministerium nicht zur Bestätigung empfohlen werden können. Dies Attest hat aber dem Amt vorher vorgelegen, also hätte das Amt Käufer gleich zurückweisen müssen, wenn es ihn auf Grund seines Attestes nicht dem Ministerium empfohlen konnte. So hat es ihn aber im Gemeinderat mit zur Wahl gestellt, und als er gewählt war, nicht bestätigt. Dadurch ist Käufer, gegen den nichts vorliegt, in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt, dies wurde vom Gemeinderat allgemein bedauert.

Nordenham, 21. März.

Die Märzfeier der organisierten Arbeiterchaft am Sonnabend im Ralinger Hof (H. Ritter) nahm einen guten und würdigen Verlauf. Eingeleitet wurde die Feier durch zwei gut zu Gehör gebrachte Lieder des Gesangsvereins Eintracht (Gemischter Chor). Der Genosse Gomer hielt einen handschen, spielte in ein unändiges Gelächter aus und führte zur Arbeitsstube, um den Kustag auszuföhren. Bald erschien die Inhaberin, eine äußerst schid gekleidete Dame in mittleren Jahren, und fragte, indem sie Katalja halb befremdet, halb mißtrauisch ansah, kurz und barch: „Was wünschen Sie?“ Katalja blinzte verlegen zu Boden, spielte mit den Röhren ihres Jäckchens und sagte schließlich: „Ich möchte bei Ihnen arbeiten; ich verstand früher sehr gut zu nähen.“ „Also früher?“ rief die Inhaberin mit heißem Hohn belustigt aus. „Das will ich Ihnen gern glauben, denn beisehen Sie sich nur im Spiegel: Sie haben ja Ihren letzten Kausch noch nicht ordentlich ausgekuschelt; Ihre Wäoge sieht ja aus — na, das geht mich ja übrigens weiter nichts an!“ „Ich trinke nicht mehr“, entgegnete Katalja noch verlegen. „Wahrscheinlich seit gestern?“ höhnte die Schneiderin. „Ja, seit gestern“, sagte das Mädchen treuherzig. „Nein, meine Verehrte, solche Arbeiterinnen kann ich nicht brauchen!“ Bei diesen Worten wies sie Katalja ungewidert die Tür. „Ja, aber...“ „Machen Sie, daß Sie fortkommen! Was für ein Wögelchen Sie sind, weiß ich, wissen alle meine Mädchen nur zu gut. Sie haben sich ja nie gekümmert, täglich betrunken an unseren Fenstern vorüberzuwachen, Rammesleute mit sich zu schleppen, sind also eine ganz abgefeimte Person und wollen wohl in meine Kasse eindringen, um meine unglücklichen Mädchen zu verführen, zu verrotten, zu verraten, zu verkaufen?“ raus, oder ich lasse den Dwornit rufen!“ Entsetzt und erschüttert stürzte Katalja auf die Straße.

der Feier entsprechenden Vortrag. Von der Genossin Rühr wurden die Resolutionen „Die Toten an die Lebenden“ und „Von unten auf“ vorgelesen. Großer Beifall wurde der Genossin zuteil. Ein Theaterstück, aufgeführt vom Theaterverein Freie Bühne, bereicherte die Feier.

Freuenburg. Die am Sonntag nachmittag bei Rohners stattgefundene Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs von Männern und Frauen, letztere waren reichlich 80 vertreten. Genosse Schulz-Bant referierte über das Thema: „Das Frauenwahlrecht, eine Kulturforderung!“ In anerkennendster Ausführung verstand es Röhner, die Verachtung und Notwendigkeit der Frauenrechte den Versammelten vor Augen zu führen. Brauender Beifall bezeugte dem auch, daß der Referent allen Versammlungsbedürfnissen an der Seele gesprochen hatte. Eine Diskussion fand nicht statt. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme.

Wahlbezirksantrag. Mit Montag begann hier in Nordenham der Wahlbezirksantrag. Die Arbeiterchaft ist an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß sie ihre Einsätze usw. rechtzeitig macht. Die Gegner des Wahlbezirksantrages werden bald zu der Ueberzeugung kommen, daß sie keinen Nachteil, sondern nur großen Vorteil vom Wahlbezirk haben.

Aus aller Welt.

Walfischjagd in der Hensburger Förde. In der Hensburger Förde bei dem kleinen Radeort Langballig, etwa zwanzig Kilometer von Hensburg entfernt, wurde am Freitag ein junger Walfisch von etwa fünfzig Meter Länge und im Gewicht von etwa zwanzigtausend Pfund erlegt. Das junge Tier scheint sich zu weit nach Süden verirrt zu haben, was öfter vorkommt. Gewöhnlich bewohnt der Wal die höchsten Breiten des Nordatlantischen Ozeans und des großen Weltmeeres, hält sich sonst stets in der Nähe des Eises und macht daher allerdings große Wanderungen. Man trifft ihn zwischen 65 und 75 Grad nördlicher Breite, und nur die jüngeren Tiere gehen südlich bis 64 Grad, das heißt etwa bis zu den Färöern und den Shetlandinseln. Der Wal, der jetzt in der Hensburger Förde erlegt wurde, hat sich also sehr weit nach Süden verirrt. Er hat seinen Weg durch das Elagerrat und das Rattagat genommen und war schon vor einigen Tagen an anderen Stellen der jütländischen Küste gesehen worden. Der Bootsbauer Hansen und der Fischer Jähner aus Osterholz bei Hensburg bemerkten das Tier. Der Wal war auf einer Sandbank etwa fünfzig Meter von der Küste gestrandet. Die beiden Fischer bemerkten die Walfischstation in Wärd, die ein Dampfboot des Torpedoschulchiffs „Wärtemberg“ entwarf. Der Wal wurde durch Sprengschüsse getötet und an der Fundstelle verankert. Man fand in seinem Körper drei Schußlöcher, so daß anzunehmen ist, daß ihn mehrfach Jagd auf ihn gemacht wurde. Die seltene Jagdbeute wird wahrscheinlich den beiden Fischern, die ihn zuerst gefischt haben, zugesprochen werden.

Versammlungs-Kalender.

Rättingen-Wilhelmsbaven.

Mittwoch den 22. März.

Gabriel, Stenogr. Verein. Abends 8 1/2 Uhr bei Wwe. Joh. J. A. Guttemper-Loge „Nordoststrand“. Abends 8 1/2 Uhr bei Schiffsclub.

Donnerstag den 23. März.

Barel.

Gemeinschaftsarbeit. Abends 8 1/2 Uhr im Hof von Oldenburg.

Schiffahrts-Nachrichten.

am 20. März.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

Vostb. Göttingen, von Australien, heute in Antwerpen an. Vostb. Heidelberg, nach Brasilien, gestern in Rio Janeiro an. Schnell. Kronpr. Wils., von New York, heute in Hamburg. Vostb. Rader, von Ostafrika, heute in Suez angekommen. Vostb. Prinz Adalfr., von Ostafrika, heute von Neapel ab. Vostb. Prinz, Kustpol, nach Alexandria, heute in Marseille an. Vostb. Roon, nach New York, heute in Hamburg. Vostb. Lüdingen, nach Kapstadt, gestern von Das Palmas ab. Vostb. Weitzel, nach Australien, heute von Sydney abgegangen.

Sie mußte stehen bleiben, um Atem zu schöpfen, um sich etwas zu sammeln, zu beruhigen. Denn ihr Herz pochte zum Zerplatzen. Eine Blutwelle stieß ihr zum Hals empor, drohte sie zu erstickern.

Der erste Versuch, Arbeit zu finden, war schamlich mißglückt. Aber sie wollte, sie durfte den Mut nicht sinken lassen, und setzte, nachdem sie sich einigermaßen beruhigt hatte, ihren Weg fort. Es gab ja noch so viele andere Geschäfte, wo man sie gewiß niemals betrunken gesehen hatte, von ihrem früheren Lebenswandel also nichts wissen konnte!

In der nächsten Schneiderie empfing man sie zwar nicht mit solch offenem Hohn, aber dennoch äußerst mißtrauisch. Die Schneiderin brauchte gerade eine Näherin, und so ließ sie sich zu einigen Fragen herab. Als sie aber erfuhr, daß das Mädchen schon seit Jahr und Tag keine Nadel in der Hand gehabt, erklärte sie kopfschüttelnd, solche Näherinnen könne sie nicht brauchen. —

Nun versuchte sie ihr Glück in einer ganz kleinen, unansehnlichen Schneiderie. Nach langem Hin- und Herreden mit der Besitzerin, einer kleinen, schmierigen Person, erklärte letztere sich endlich bereit, Katalja für „Probe“ anzunehmen, da sie viel Arbeit habe und gute Näherinnen so wie so kaum mit der Faterne zu finden seien. Katalja sollte ihr nur gleich den Voh abgeben und morgen früh um Sieben zur Arbeit antreten.

(Fortsetzung folgt.)



Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Kinderkrankheiten

Krankheitsmittel